



Das Programm zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt**

Otto-von-Guericke-Str. 42a

39104 Magdeburg

Tel.: (0391) 4015539

E-Mail: [lv.sachsen-anhalt@gruene.de](mailto:lv.sachsen-anhalt@gruene.de)

Internet: [www.gruene-sachsen-anhalt.de](http://www.gruene-sachsen-anhalt.de)

**JETZT  
ABER...  
GRÜN!**

***Das Programm für Sachsen-Anhalt***



*BÜNDNIS 90*  
DIE GRÜNEN

**JETZT  
ABER...  
GRÜN!**

***Das Programm für Sachsen-Anhalt***

Herausgeberin:  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Landesverband Sachsen-Anhalt  
Otto-von-Guericke-Str. 42a  
39104 Magdeburg  
Tel.: (0391) 4015539  
E-Mail: [lv.sachsen-anhalt@gruene.de](mailto:lv.sachsen-anhalt@gruene.de)  
Internet: [www.gruene-sachsen-anhalt.de](http://www.gruene-sachsen-anhalt.de)

Satz und Layout:  
KOMPAKTMEDIEN – Die Kommunikationsbereiter GmbH, Berlin  
Erscheinungstermin: Februar 2006

## Inhalt

<b>Präambel</b>	<b>7</b>
<b>Arbeit mit Zukunft</b>	
<b>Aufbruch zu einer neuen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>10</b>
Wettbewerbsfähige Unternehmen stärken	10
Gezielte Förderpolitik	11
Investitionen in Innovationen	12
Bedarfsgerechte Infrastruktur	12
Unternehmen und Wissenschaft gemeinsam	12
Umweltallianz stärken	13
Erfolgsorientierte Arbeitsmarktpolitik	13
Die Regionen stärken	14
Regionale Vermarktung fördern	16
Touristische Potenziale nutzen	16
Naturverträgliche Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung	18
Genfood – nein danke!	19
Energiewirte des 21. Jahrhunderts	19
<b>Raus aus der Schuldenfalle – Für eine solide Haushaltspolitik</b>	<b>20</b>
<b>Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Generationengerechtigkeit – Für eine zukunftsgerechte Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik</b>	<b>22</b>
Jugend braucht Zukunft	22
Für eine neue Familienpolitik	23
Familiengerechte Lebenswelt	24
Kinderfreundliche Kommune	25
Familiengerechte Arbeitswelt	26
Seniorinnen und Senioren	27
Für eine gestaltende Gesundheitspolitik	28
Zweiklassenmedizin vermeiden	29
Ganzheitlicher Ansatz zur Gesundheitsförderung	29
Realitätsnahe Sucht- und Drogenpolitik	30
Gesundheitsprävention: Selbstverantwortung und Beratungsangebote	31
Für eine barrierefreie Gesellschaft	32

**Lebenswerte Welt für nachkommende Generationen**

<b>Für eine nachhaltige Umweltpolitik</b>	<b>33</b>
Nachhaltigkeitsstrategie für das Land	33
Umweltschutz schafft Arbeitsplätze	34
Entschlossenes Handeln für den Klimaschutz	34
Mehr Energie aus regenerativen Quellen	35
Investitionen in Netzstruktur und Kraft-Wärme-Kopplung	37
Energiesparen (nicht nur) in landeseigenen Gebäuden	37
Kein Zurück zur Atomenergie	38
Morsleben so schnell wie möglich stilllegen	38
Nachhaltige und kreative Stadtentwicklung	39
Flächenverbrauch reduzieren	40
Ökologisches und nachhaltiges Bauen	41
Natur- und Landschaftsschutz als Chance nutzen	41
FFH-Richtlinie konsequenter umsetzen	42
Böden wirksam schützen	43
Abfallvermeidung statt Überkapazitäten bei der Abfallentsorgung	43
Feinstaubbelastung senken	44
Lärmbelastung verringern	44
Vor gefährlichen Chemikalien schützen	45
Wasserrahmenrichtlinie umsetzen	45
Abwasser dezentral entsorgen	46
Mehr Raum für Flüsse – mehr Schutz für Menschen	46
Ökologischer Hochwasserschutz	48
Tiere brauchen Rechte	48

**Für bessere Bildung und mehr Leistung –**

<b>Für eine zukunftsfähige Bildungspolitik</b>	<b>49</b>
Länger gemeinsam lernen	50
Niemanden zurücklassen: Vielfalt ist Reichtum	51
Kinder und Jugendliche sind die Hauptakteure	52
Weg von bildungspolitischer Kleinstaaterei	52
Umweltbildung	53
Unser Sieben-Punkte-Sofort-Programm	53
Leistungsstarke Hochschulen	54
Für lebendige Kulturangebote	56
Sport in einer bewegten Gesellschaft	57

**Ökologisch mobil –**

**Für eine umweltverträgliche Verkehrspolitik 58**

Strategisches Konzept für den Straßenbau 59

Projekt »Null Verkehrstote« 60

Öffentliche Verkehrsmittel attraktiv und bedarfsgerecht gestalten 60

Projekt Innovationen im ÖPNV 61

Schieneinfrastruktur sichern 61

Güterverkehr auf die Schiene konzentrieren 62

Güterschifffahrt an natürlichen Potenzialen orientieren 62

Verkehrskonzept für die Elbe 63

Förderprogramme für Fuß- und Radverkehr 64

Mittel auf Flughafen Leipzig-Halle konzentrieren 65

**Eine starke Stimme für den Verbraucherschutz 65**

Verbraucherpolitik als Querschnittsaufgabe 65

Verbraucherrechte schützen und stärken 66

Verbraucherschutz als Ressort 67

**Bürgerrechte stärken**

**Für eine offene Gesellschaft mit demokratischer Teilhabe 67**

Für eine konsequente Verwaltungsreform 68

Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden erhalten 68

Gesellschaftliche Willensbildung stärken 69

Für eine konsequente Gebietsreform 69

Für eine konsequente Kommunalreform 70

Sicherheit rechtsstaatlich gestalten 71

Schutz der Privatsphäre 72

Bürgernahe und unabhängige Justiz 72

DDR-Vergangenheit differenziert betrachten 73

Bürgerbeteiligung erwünscht 74

Gleiche Rechte für Lesben und Schwule 74

Ja! Zu einem toleranten und weltoffenen Sachsen-Anhalt 75

Nein! Zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit 76

<b>Gleiche Rechte, gleiche Chancen für Frauen und Männer</b>	<b>77</b>
Gleichstellung verwirklichen	77
Sicherung der Existenz durch Erwerbsarbeit	78
Chancen auf Bildung, Aus- und Weiterbildung nutzen	79
Aktiv gegen Gewalt	79
Diskriminierungen wirksam abbauen	80
Stadtentwicklung aus Frauensicht	81
Gleichstellungsbeauftragte unterstützen	81
<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>83</b>

## Präambel

### **Liebe Wählerinnen und Wähler,**

mit dem Ihnen vorliegenden Wahlprogramm wollen wir Sie davon überzeugen, am 26. März 2006 Ihre Stimme für eine Politik zu geben, die Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft, die der Familie und der heranwachsenden Generation Vorfahrt einräumt, die die Gleichberechtigung von Frauen und Männern aktiv fördert und die heute die Grundlagen für eine ökologische und zukunftsfähige Energie- und Klimapolitik in der Zukunft legt.

Nachhaltigkeit ist unser Leitbild für eine Entwicklung, die soziale und wirtschaftliche aber vor allem auch ökologische Grundsätze beachtet. Davon ausgehend möchten wir Ihnen unsere Reformansätze zur Lösung der dringendsten Probleme unseres Landes vorstellen.

In den letzten Jahren hat unser Land einen dramatischen Bevölkerungsverlust erfahren. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Einwohnerzahl innerhalb von 60 Jahren nahezu halbiert haben. Jede neue Generation hat weniger Eltern und damit auch weniger Kinder. Die Veränderung des Generationengleichgewichts bringt nicht nur eine völlig andere Bevölkerungsstruktur mit sich, sondern ist auch eine Gefahr für die Innovationsfähigkeit des Landes.

Mit der Bevölkerungsentwicklung ist eine schmalere werdende Einnahmehasis verbunden. Eine geringere Einwohnerzahl führt zu einem geringeren Steueraufkommen bzw. kopfgebundenen Zuweisungen von EU und Bund. Unsere Haushaltslage wird sich in den kommenden Jahren weiter drastisch verschlechtern. Finanzielle Spielräume für Investitionen oder den Erhalt der Infrastruktur werden immer geringer. Wir setzen uns daher für einen weitergehenden Konsolidierungskurs der staatlichen Finanzen ein. Sparen heißt für uns aber auch, Schwerpunkte zu setzen, Visionen zu entwickeln und die Menschen auf diesem Kurs mitzunehmen.

Bei den Bürgerinnen und Bürgern, die unser Land verlassen, handelt es sich nicht nur – wie oft vermutet – um Arbeitslose, die versuchen, in anderen Regionen Beschäftigung zu finden. Es sind vielmehr die gut ausgebildeten jungen Menschen, die aus vielfältigen Gründen nicht die Bedingungen vorfinden, ihre Zukunft hier zu gestalten. So verliert das Land auch die Köpfe und Führungskräfte, die es dringend im Kampf gegen das größte Problem des Landes – die Arbeitslosigkeit – benötigt.

Antworten auf alle sich aus dem Umbruch unserer Gesellschaft ergebenden Probleme können nur durch mutige Lösungen gefunden werden. Die rasant fortschreitende Globalisierung und die damit verbundenen neuen Herausforderungen dürfen nicht auf Kosten von Gerechtigkeit und einer Entsolidarisierung innerhalb unserer Gesellschaft geführt werden. Wir müssen die Ängste der Menschen in diesem Land ernst nehmen. Positive Veränderungen können nur erreicht werden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger bei diesem Prozess mitgenommen werden. Wir wollen die Vision einer Bürgergesellschaft aufzeigen, zu deren zentralen Zielen die Stärkung der lokalen Demokratie und die Förderung von Partizipation gehören müssen. Dazu gehört für uns auch, bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen.

Wir wollen Arbeitsplätze mit Zukunft. Wer Arbeitsplätze schaffen will, muss in der Wirtschafts- und Bildungspolitik den richtigen Rahmen für die Zukunft vorgeben. Wir setzen auf eine Konzentration in Wachstums- und Zukunftsbranchen, ergänzt durch eine gezielte Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen die Zusammenarbeit von Forschung und Unternehmen ausbauen, neue Wege in der ländlichen Entwicklung gehen und den Tourismus fördern. Mit unserem Ansatz »Erhalten statt neu bauen« verfolgen wir das Ziel, dass trotz Bevölkerungsrückgang ein adäquates Angebot an öffentlicher Versorgung aufrechterhalten werden kann.

Bei uns stehen die heranwachsenden Generationen im Vordergrund. Eine innovative Bildungspolitik, die als ein Ziel den freien Zugang zur Bildung unabhängig vom sozialen Status hat, die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie unsere Vorschläge zur Bildungs- und Hochschulreform sind nur einige Themen, wie wir die

beschriebenen Entwicklungen aufnehmen und gestalten wollen. Wir wollen eine Politik, die Kinder und Heranwachsende als Quelle qualitativen Wachstums und sozialen Ausgleichs versteht. Junge Menschen prägen die Zukunft einer Region, ihnen wollen wir Chancen eröffnen. In einem rohstoffarmen Land wachsen Produktivität und Wirtschaftlichkeit durch Investitionen in Bildungsgerechtigkeit und in eine naturverträgliche Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Die weltweite Zunahme von Umweltkatastrophen hat gezeigt, dass Umweltpolitik und ein ökologisch ausgerichteter Klimaschutz heute wichtiger sind denn je. Wir sehen unsere erfolgreiche Strategie »Weg vom Öl« auch als wesentlichen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Innovationskraft des Standortes Sachsen-Anhalt. Wir sind die einzige politische Kraft, die Ressourcenverknappung als Chance versteht. Der Dreiklang von ökologischer Energieerzeugung, sparsamem Umgang mit Energie und Erforschung von neuen Verfahren garantiert wirtschaftliche Entwicklung und schützt Klima und Natur.

Unsere Antwort auf die ideen- und konzeptionslose Politik der jetzigen Landesregierung ist eine konsequente, weitsichtige und nachhaltige Vision für Sachsen-Anhalt, eine Politik, die Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft, die Kindern und Familien Vorfahrt einräumt und die auf eine zukunftsfähige Energie- und Klimapolitik setzt. Wir stehen für eine Politik, die über den nächsten Wahltag hinaus denkt und die die Zukunft gestalten statt verwalten will.

Sachsen-Anhalt braucht eine frische, engagierte, zukunftsorientierte und unverbrauchte Kraft im Landtag – uns – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Wählen Sie daher am 26. März 2006 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

## Arbeit mit Zukunft

### Aufbruch zu einer neuen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Durch den von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN initiierten ökologischen Strukturwandel sind Tausende neue Arbeitsplätze entstanden. Bei erneuerbaren Energien hat die deutsche Industrie einen weltweit beachteten Boom ausgelöst, von dem sachsen-anhaltische Unternehmen in hohem Maße profitieren. Darüber hinaus haben sich im Land hochproduktive Branchen wie Chemie, Ernährung, Maschinen- und Anlagenbau entwickelt. Der Tourismussektor verzeichnet jährliche Steigerungsraten.

### Wettbewerbsfähige Unternehmen stärken

Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Unterstützung wettbewerbsfähiger Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dabei müssen die bestehenden wirtschaftlichen Schwerpunkte des Landes weiter gestärkt sowie die Kapazitäten und Kooperationen im Bereich Forschung und Entwicklung weiter gefördert und ausgebaut werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen dabei nicht nur auf die exportorientierte Wirtschaft, sondern auch auf regionale Wirtschaftskreisläufe insbesondere im ländlichen Raum.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen weiteren Bürokratieabbau ein. Dabei zielen wir auf die Vereinfachung und Entflechtung von Gesetzen und Verordnungen sowie auf zügigere Bewilligungsverfahren und den Abbau von Doppelprüfungen und Doppelgenehmigungen. Wir sind gegen den Abbau von Standards im Arbeitsmarkt-, Sozial-, und Umweltbereich.

Eine »Sonderwirtschaftszone Ost« lehnen wir ab. Niedrige Löhne sind heute in Sachsen-Anhalt schon in vielen Regionen und Branchen Realität. Wir wollen im Gegensatz dazu den Technologiestandort Sachsen-Anhalt weiter stärken, um qualifizierte Arbeitskräfte zu halten und der Jugend bei uns eine Chance zu geben.

### **Gezielte Förderpolitik**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben eine veränderte Fördermittelpolitik an, die unternehmensnahe Forschung und Entwicklung, regionale Kooperationen sowie die bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildung stärkt und die Vereinbarkeit von Erwerbs-, Familien- und ehrenamtlicher Arbeit fördert.

Wir wollen eine Konzentration der exportorientierten Förderung auf oben genannte Wachstumsbranchen. Vorrang haben beschäftigungswirksame Neuinvestitionen in mittelständischen Unternehmen. Es gilt, nicht nur die exportierende Wirtschaft, sondern auch regional wirksame Unternehmen zu fördern. Kleine und mittelständische Unternehmen haben eine starke Bindung an ihre Region und sind auch in Zukunft der bestimmende Wirtschaftsfaktor. Sie leisten einen zentralen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Wir wollen die gegenwärtige Konkurrenz der Kommunen bei der Ansiedlung von Unternehmen durch die Kooperation der Kommunen miteinander ablösen. Die Höhe der Förderung muss sich zukünftig an Nachhaltigkeitskriterien wie der Anzahl dauerhaft geschaffener Arbeitsplätze und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und ihrer Produkte orientieren.

Das bisherige Gießkannenprinzip in der Fördermittelpolitik muss zugunsten einer gezielten Ansiedlung in gewerblich-industriellen Kernregionen sowie einer bedarfsgerechten Regionalförderung aufgegeben werden. Wir bevorzugen Neuinvestitionen auf Altstandorten oder Erweiterungen bestehender Gewerbe- und Industriegebiete, die Umsetzung von Energiesparprogrammen sowie den Auf- und Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien und regionaler Ressourcen. Bestehende Förderprogramme müssen gebündelt und nach sächsischem Vorbild eine Förderrichtlinie »FR Regio« zur gezielten Unterstützung regional tätiger Unternehmen eingeführt werden. Mittelfristig müssen Förderprogramme allerdings durch Darlehensprogramme ergänzt bzw. ersetzt werden.

### **Investitionen in Innovationen**

Innovationen sind die Grundlage unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wir wollen Sachsen-Anhalt u. a. durch eine ambitionierte Umweltpolitik, die in Technologien, Effizienzsteigerungen, Ressourcenschutz und optimierte Produktionsabläufe investiert, ökologisch modernisieren. Neben der Erschließung neuer Technologiefelder setzen wir dabei vor allem auf Wachstumsbranchen wie den Gesundheitssektor, weiße und rote Gentechnik und Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen.

### **Bedarfsgerechte Infrastruktur**

Die von der Landesregierung beklagte Infrastrukturlücke sehen wir nicht. Vielmehr sind wir dafür, die bestehende Verkehrsinfrastruktur zu erhalten bzw. zu verbessern. Auf Grund der zurückgehenden Bevölkerungszahl ist ein weiterer Ausbau nicht mehr sinnvoll.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist zu prüfen, ob ländliche Räume die gleichen Infrastrukturstandards benötigen wie Verdichtungs- bzw. Ballungsräume. Wir wollen insbesondere bei der Infrastrukturförderung für Gewerbe- und Industriegebiete eine Orientierung am System der zentralen Orte, ergänzt durch Investitionsvorank für Altstandorte und Erweiterungsbauten. Eine gesteigerte Auslastung bestehender Verkehrs-, Ver- und Versorgungsinfrastrukturen muss Vorrang vor der Neuschaffung haben.

### **Unternehmen und Wissenschaft gemeinsam**

Wir wollen die Vernetzung (Clusterbildung) zwischen Unternehmen und Hochschulen, bzw. zwischen den Firmen untereinander ausbauen und fördern. Die Chancen im Umfeld von Universitäten, Fachhochschulen und Instituten sollen durch gezielte Ansiedlung und Ausgründung von technologie- und wissenschaftsorientierten Unternehmen genutzt werden. Wir unterstützen Schwerpunktsetzung und Profilbildung der Universitäten und der Forschungseinrichtungen.

Zu einem intensiveren Austausch zwischen Forschung, Ausbildung und Unternehmen wollen wir u. a. Patentanmeldung und die wirtschaftliche Auswertung von Patenten fördern, verstärkt Praktiker aus

Unternehmen in die Lehre einbinden (z.B. als Lehrbeauftragte) und gezielt den Weiterbildungsbedarf der Unternehmen durch praxisnahe (Fach)Hochschulangebote decken. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen wollen wir dabei finanziell unterstützen.

### **Umweltallianz stärken**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die 1999 gegründete Umweltallianz des Landes Sachsen-Anhalt offensiv weiter ausbauen, da wettbewerbsfähiges und umweltgerechtes Wirtschaften keine Gegensätze sind. Ohne Umwelt- und Sozialstandards abzubauen, treten wir dafür ein, dass das Umwelt- und Genehmigungsrecht vereinfacht wird. So könnte für Unternehmen, die ein EG-Öko-Audit besitzen, auf zusätzliche Berichts- und Kontrollpflichten verzichtet werden, indem z. B. Leistungen im Öko-Audit anerkannt werden. Wir unterstützen den Ansatz, Mitgliedern der Umweltallianz (aber auch anderen) bei freiwilligen Investitionen in den Umweltschutz höhere Beihilfen zu gewähren.

### **Erfolgsorientierte Arbeitsmarktpolitik**

Ziel bündnisgrüner Arbeitsmarktpolitik ist die erfolgreiche Integration von Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt. Ein hoher Bildungsstandard, der vom Land bestimmt wird, ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Die Politik muss nicht nur hier die Rahmenbedingungen so setzen, dass für zukunftsfähige Arbeitsplätze auch Fachkräfte zur Verfügung stehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für eine familienfreundliche Arbeitswelt mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und gesellschaftlicher Anerkennung von Familienarbeit. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass der öffentliche Dienst und die private Wirtschaft mit vermehrten Teilzeitangeboten das Leben und Arbeiten mit Kindern erleichtern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für branchenbezogene Mindestlöhne in Tarifverträgen ein. Um Lohndumping zu verhindern, sehen wir die Notwendigkeit einer staatlichen Flankierung in solchen Branchen, in denen Tarifverträge geringe Bedeutung haben.

Wir wollen, dass Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur gezielten Förderung von Gruppen mit besonderen Zugangshemmnissen zum Arbeitsmarkt, aber auch zur gezielten Weiterbildung nach Bedarf der Unternehmen, verwendet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch steuerfinanzierte öffentliche Beschäftigung in gemeinnützigen Verbänden und Projekten ersetzt werden. Notwendig ist dabei eine ehrliche Erfolgskontrolle der Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik.

### **Die Regionen stärken**

Der Schlüssel für die Zukunft Sachsen-Anhalts liegt in den Regionen. Wir wollen, dass die sachsen-anhaltischen Regionen ihre Stärken und Besonderheiten entwickeln können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die vielfältigen Funktionen ländlicher Räume stärken und die Lebensqualität im ländlichen Raum verbessern. Dafür brauchen wir eine multifunktionale Landwirtschaft, die ökonomische mit sozialen und ökologischen Zielen verbindet. Und wir brauchen die Menschen vor Ort, die für neue Möglichkeiten und Wege offen sind, denn ländliche Entwicklung lebt vom Mitmachen, von der Eigeninitiative und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Wir müssen dringend der besonders hohen Arbeitslosigkeit und Abwanderung im ländlichen Raum entgegenwirken. Denn durch die Abwanderung wird der Erhalt der Infrastrukturen von Straßen über Abwasserentsorgung bis hin zu schulischen und vorschulischen Angeboten immer schwieriger. In der Nähe zu den Ballungsräumen profitieren die ländlichen Regionen allerdings von einem Zuzug der Menschen und entwickeln sich zu bevorzugten Wohnorten für Städter.

Ländliche Entwicklung muss an den regionalen Entwicklungspotenzialen ansetzen. Sachsen-Anhalt besitzt eine in Deutschland nahezu einmalige Vielfalt an Naturräumen. Die hohe Anzahl an Großschutzgebieten (Naturparks, Biosphärenreservate und Nationalpark Harz) unterstreicht, dass die Regionen Sachsen-Anhalts die Potenziale und Chancen erkannt haben und diese gezielt weiter entwickeln wollen. Wir setzen auf eine integrierte ländliche Entwicklung. Dazu wollen wir

das wichtigste Förderinstrumentarium für den ländlichen Raum, die Gemeinschaftsaufgabe für Agrar- und Küstenschutz, stärker zur Förderung weicher Standortfaktoren einsetzen und gleichzeitig über dieses Instrumentarium regionale Wirtschaftskreisläufe stärker unterstützen, so z. B. das Handwerk oder Nah- und Grundversorgungseinrichtungen. Der flexible Ansatz der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER muss landesweit ausgedehnt werden. Dazu gehört für uns auch eine gesicherte institutionelle Unterstützung der Großschutzgebiete (Naturparke, Nationalpark, Biosphärenreservat).

Wir wollen bedarfsgerechte Infrastrukturen und flexible Lösungen zum Erhalt der Grundversorgung für dünn besiedelte Regionen. Bauliche und technische Infrastruktur muss kreativ angepasst und ggf. rückgebaut werden. Dezentrale Abwasserentsorgung in ländlichen Gebieten muss Vorrang vor Zwangsanschlüssen an zentrale Abwasserentsorgungen haben.

Wenn man die Versorgungs- und Dienstleistungsstruktur im Dorf neu beleben will, dann bedarf es angesichts der veränderten ökonomischen Realitäten oftmals neuer betriebswirtschaftlicher Konzepte. Der Dorfladen muss verstärkt die ganze Palette von Waren und Dienstleistungen anbieten – von der Milch und der Briefmarke bis hin zur Fotokopie und dem Internetzugang.

Zur Aufrechterhaltung der schulischen und vorschulischen Versorgung setzen wir uns dafür ein, dass auch einzügige Schulen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht in dünn besiedelten Gebieten zugelassen werden. Zur Sicherstellung der ärztlichen Grundversorgung ist es dringend geboten, neue Wege zu gehen. Gesundheitshäuser in den Grundzentren, mobile Arztpraxen oder Gemeindeschwestern können Möglichkeiten sein.

Die Bedeutung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wird in Zeiten steigender Öl- und Benzinpreise zunehmen. Gleichzeitig wird die Aufrechterhaltung des Angebots des ÖPNV bei abnehmender Bevölkerungsdichte schwieriger. Es gilt, den klassischen Linienverkehr in der Fläche um flexible und bedarfsgesteuerte Bedienungsformen

zu ergänzen (z.B. Rufbusangebote, Shuttleverkehre etc.). Dabei empfiehlt es sich, neben den Verkehrsgesellschaften auch andere Mobilitätsdienstleister (z.B. Taxi-, Miet und Carsharingunternehmen) einzubeziehen.

### **Regionale Vermarktung fördern**

In den naturräumlichen Potenzialen besteht eine wesentliche Basis zum Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe. Wir unterstützen insbesondere dort Regionalvermarktungsinitiativen, wo sich Synergieeffekte mit einer touristischen Nutzung und Vermarktung realisieren lassen. Wir setzen bei der Entwicklung der Potenziale im ländlichen Raum auf eine integrierte Strategie, die die landwirtschaftliche Produktion mit der Erschließung neuer Einkommensquellen verbindet. Dazu gehören die Weiterverarbeitung und Veredelung hochwertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Produktion regenerativer Energien, Anbau und Weiterverarbeitung nachwachsender Rohstoffe und der Ausbau touristischer Angebote. Wir wollen vorhandene Lücken in Wertschöpfungsketten schließen, dezentrale Strukturen fördern und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken, so dass sich der Absatz von Gütern in der Region, in der sie erzeugt werden, deutlich erhöht. Dies stärkt die regionale Wertschöpfung, schafft und erhält Arbeitsplätze und sichert die Vielfalt und Lebensqualität. Gleichzeitig entlasten kürzere Transportwege die Umwelt.

### **Touristische Potenziale nutzen**

Der Tourismus ist einer der am stärksten wachsenden Märkte in Sachsen-Anhalt. Gerade vom Trend zum Urlaub im Inland, aber auch vom stärker zunehmenden Kultur- und Fahrradtourismus profitiert das Land in erheblichem Maße, wie die zunehmenden Übernachtungszahlen in nahezu allen touristischen Regionen des Landes belegen. So hängen über 40.000 Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt direkt vom Tourismus und von anderen Freizeitaktivitäten ab.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen durch sanften und nachhaltigen Tourismus die Regionen stärken und die Umwelt in ihrer jetzigen Form erhalten. Wir wollen eine zielgerichtete Förderung regionaler touristischer Projekte. Hierbei muss eine wirtschaftliche Tragfähigkeit über den För-

derzeitraum hinaus eindeutig gewährleistet sein. Darin sehen wir noch erhebliches Potenzial zur Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Wir streben an, die Landesmarketingschwerpunkte im Tourismus auf »Radtourismus« und »Weltkulturerbestätten« zu erweitern. Touristische Infrastruktur, insbesondere überregionale Radwege, müssen in Verantwortung des Landes aufgebaut und gepflegt, regionale Radwegenetze über die GA-Infrastruktur-Förderung in Verantwortung der Landkreise (und nicht der Kommunen wie derzeit praktiziert) zielgerichtet gefördert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Kulturlandschaft Elbe mit ihren Auen- und Parklandschaften und ihren zahlreichen Kulturgütern erhalten bleibt. Wir unterstützen den Vorschlag, die Flusslandschaft Elbe grenzüberschreitend sowohl in Tschechien als auch in Deutschland der UNESCO als gemeinsame »Weltkulturlandschaft Elbe« vorzuschlagen. Dies hätte einen hohen Symbolwert auch für das Zusammenwachsens Europas. Auf Bundesebene fordern wir, die Finanzausstattung der UNESCO-Welterbestätten in Deutschland auf eigene Füße zu stellen und langfristig zu sichern.

Die Förderung des Tourismusmarketing muss sich zukünftig, neben der thematischen Schwerpunktsetzung, auf die touristischen Regionen konzentrieren. Nur ein gemeinsames Auftreten bündelt Kräfte und schafft die notwendigen Synergieeffekte, damit Sachsen-Anhalts Regionen im nationalen und internationalen Wettbewerb wahrgenommen werden.

Der Tourismus in Sachsen-Anhalts Naturparks soll naturverträglich sein. Wir streben dafür die verstetigte institutionelle Förderung und eine engere Kooperationen mit regionalen Tourismusverbänden an.

Der touristische Sektor bedarf noch stärker einer Qualitätsoffensive und einer stärkeren Zielgruppenorientierung auf Senioren, Familien sowie auf den barrierefreien Tourismus. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Qualitätsoffensive des Landes im Rahmen des TQM (Total Quality Management System) und setzen sich für eine Unterstützung der nationalen Dachmarke für umweltgerechten Tourismus VIABONO ein.

**Naturverträgliche Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung**

Eine nachhaltige, umweltgerechte und ökologische Landbewirtschaftung sichert einer Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten das Überleben. Hier nehmen Landwirte Funktionen für das Allgemeinwohl wahr. Darüber hinaus dienen landwirtschaftliche Produktionsflächen der Trinkwassergewinnung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Klimaregulierung. Insgesamt gibt die landwirtschaftliche Primärproduktion über 20.000 Menschen im Land Arbeit.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN räumen der naturverträglichen Landwirtschaft und der artgerechten Tierhaltung oberste Priorität ein. Unser Leitbild ist eine ökologische Landwirtschaft, weil sie die natürlichen Lebensgrundlagen durch Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel sowie mineralischen Dünger schont, Boden und Grundwasser durch geschlossene Nährstoffkreisläufe schützt und eine artgerechte Tierhaltung unterstützt. Wir wenden uns energisch gegen die Errichtung industrieller Tierhaltungsanlagen.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wollen wir die Agrarförderung an Nachhaltigkeitskriterien wie Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und einer umweltgerechten Produktionsweise mit artgerechter Tierhaltung ausrichten. Ob konventionell oder ökologisch – wir unterstützen alle Maßnahmen, die dazu dienen, Transparenz und Qualität der Produkte zu sichern. Dazu gehört, dass die Lebensmittelproduktion vom Stall/Acker bis zur Ladentheke lückenlos rückverfolgbar ist.

Um der Landwirtschaft neue Einkommensquellen zu eröffnen, wollen wir regionale Strukturen, Vermarktung und Verarbeitung unterstützen, auch um möglichst kurze Wege zum Verbraucher zu garantieren. Weiterhin wollen wir die Nähe zur Ernährungsindustrie nutzen, um die landwirtschaftlichen Produkte noch stärker vor Ort in der Lebensmittelindustrie zu verarbeiten.

Die Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe auf ökologischen Landbau werden wir finanziell durch Unterstützung bei Weiterbildung, Umstellung und Vermarktung fördern. Wir wollen Mittel für die Forschung auf dem Gebiet des ökologischen Landbaues bereitstellen, um diesen Wachstumsbereich der Landwirtschaft zu stärken und weiter zu entwickeln.

### **Genfood – nein danke!**

Sachsen-Anhalt hat die besten Böden Deutschlands. Durch die Politik der derzeitigen Landesregierung, die die Forschung und den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen mittels finanzieller Anreize und durch spektakuläre Beschlüsse (Anlage von Versuchsfeldern für Gen-Mais und Gen-Weizen) vorantreiben will, wird dieses Potenzial verspielt. Die im Gentechnikgesetz festgelegten Abstands- und Haftungsregelungen sollen benachbarte landwirtschaftliche Anbauflächen und die Natur vor der unkontrollierten Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen schützen und die Verursacher eventueller Schäden haftbar machen. Die jetzige Landesregierung ignoriert diese Regelungen und treibt stattdessen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen voran.

Wir wollen eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir lehnen es aufgrund wissenschaftlich nachgewiesener Risiken ab, gentechnisch veränderte Organismen freizusetzen und in der Nahrung zu verarbeiten. Es muss künftig weiter möglich sein, gentechnikfreie Lebensmittel zu produzieren und zu kaufen. Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Koexistenz des ökologischen, traditionellen und gentechnischen Landbaus durch die rot-grüne Bundesregierung sollen auch zukünftig Anbau und Konsum gentechnikfreier Produkte gesichert werden. Dies ist nur möglich, wenn großräumige gentechnikfreie Regionen entstehen, in denen sich die Landwirte verpflichten, auf gentechnisch verändertes Saatgut zu verzichten. Wir unterstützen Initiativen und landwirtschaftliche Betriebe bei der Schaffung gentechnikfreier Regionen.

### **Energiewirte des 21. Jahrhunderts**

Um den Anbau und die Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe zu fördern und damit auch den landwirtschaftlichen Betrieben neue Einkommensmöglichkeiten zu erschließen, setzen wir uns für eine Unterstützung des Markteinführungsprogramms »Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen« ein.

Mit einem Programm »Energie und Landwirtschaft« wollen wir landwirtschaftliche Betriebe dabei unterstützen, landwirtschaftliche Nutzpflanzen oder Stoffe wie z.B. Stroh oder Gülle verstärkt energetisch zu verwerten. Sachsen-Anhalts Land- und Forstwirte sollen die Energiewirte des

21. Jahrhunderts werden. Dabei werden wir darauf achten, dass ein solches Programm weder Monokulturen noch der Einführung von gentechnisch veränderten Pflanzen durch die Hintertür den Weg bereitet.

## **Raus aus der Schuldenfalle**

### **Für eine solide Haushaltspolitik**

Generationengerechtigkeit und nachhaltige Wirtschaftspolitik bedeuten für uns, der nächsten Generation weder erdrückende Schulden, noch eine der demographischen Entwicklung nicht angepasste soziale Infrastruktur zu hinterlassen. Ziel bündnisgrüner Finanz- und Haushaltspolitik ist es, die jährliche Neuverschuldung schrittweise zurückzuführen.

Grundsätzlich streben wir an, den Investitionsbegriff auch auf Ausgaben in Bildung, Forschung und Entwicklung auszuweiten, um die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Investitionsquote zukunftsweisend zu gestalten.

Wir wollen, dass das Land aus der Schuldenfalle kommt. Auf diesem schwierigen Weg wollen wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Wir setzen uns für stärkere Transparenz in allen Finanzfragen ein. Denn derzeit können nur 42 Prozent des Landeshaushaltes aus eigenen Steuereinnahmen gedeckt werden. Der verbleibende Rest von etwa sechs Milliarden Euro wird durch Zuweisungen seitens des Bundes, Umverteilung zwischen den Bundesländern (Länderfinanzausgleich) und neue Schulden gedeckt.

Kennzeichnend ist, dass der Anteil konsumtiver Ausgaben im Vergleich zu den investiven Ausgaben immer mehr steigt. Beispiel: In Sachsen-Anhalt ist ein Viertel mehr Beschäftigte im öffentlichen Dienst angestellt als in vergleichbar strukturschwachen westdeutschen Bundesländern. Weiterhin verwendet das Land Sachsen-Anhalt die Mittel aus dem Solidarpakt entgegen den Absprachen mit dem Bund für konsumtive statt für investive Ausgaben. Das widerspricht der Zweckbindung.

Einsparpotenziale bestehen für uns in erster Linie bei den Personalausgaben des Landes, denn insbesondere im Verwaltungsbereich ist ein deutlicher Personalüberhang zu verzeichnen. Hier muss notwendigerweise ein gezielter, sozialverträglicher Personalabbau erfolgen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden den Personalabbau dann vorantreiben, wenn dieser mit einer Qualifizierung und Erhöhung der Arbeitseffektivität der verbleibenden Mitarbeiter einhergeht. Ziel ist ein schlanker, weniger personalintensiver Verwaltungsapparat. Wir wenden uns gegen die Verbeamtung von Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes außerhalb strikt hoheitlicher Aufgaben, z.B. in Polizei und Justiz, da hierdurch eine unabsehbare Kostenbelastung der Haushalte in der Zukunft aufgebaut wird.

Wir schließen eine weitere Kürzung der Mittel für die Kinderbetreuung sowie eine weitere Reduzierung der Finanzaufweisungen für die Kommunen aus. Die Kommunen müssen Planungssicherheit erhalten. Mittelfristig müssen die Finanzaufweisungen wieder angehoben werden.

Im Rahmen der Föderalismusdiskussion setzen wir uns dafür ein, dass der Bund die Zuständigkeit für die Steuerverwaltung übernimmt, damit das ineffektive Neben- und Gegeneinander von 16 Steuerverwaltungen ein Ende hat.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die entsprechenden Landesgesetze so verändern, dass die Einführung von kommunalen Bürgerhaushalten möglich ist. Das Wesen des Bürgerhaushaltes besteht darin, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Vorstellungen zur Ausrichtung der Haushaltspolitik gemeinsam erarbeiten und gegenüber Politikerinnen und Politikern sowie der Verwaltung zum Ausdruck bringen können. Der Erarbeitungsprozess dieser Ausrichtung ist dabei durch Öffentlichkeit, Transparenz und Rechenschaft seitens Politik und Verwaltung gegenüber Bürgerinnen und Bürgern gekennzeichnet.

## **Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Generationengerechtigkeit –**

### **Für eine zukunftsgerechte Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik**

#### **Jugend braucht Zukunft**

Die Jugendbildung und der Jugendfreizeitbereich leiden unter grundsätzlicher Unterfinanzierung. Der Konkurrenzdruck, den die Landesregierung bewusst erzeugt, führt nicht zu einer Qualitätssteigerung, sondern zu einem Gegeneinanderarbeiten von Vereinen und Verbänden. Der Kinder- und Jugendring wird hierbei seinem Vertretungsanspruch nicht gerecht. Weniger Bürokratie, einfachere und flexible Verfahrensweisen kommen der Spontaneität, die Jugendinitiativen innewohnt, entgegen. Eigenengagement darf nicht an komplizierter Förderstruktur scheitern. Kontinuität und Planungssicherheit für etablierte Träger auf der einen Seite, Flexibilität bei der Förderung für selbstorganisierte Initiativen auf der anderen Seite sind notwendig.

Wir wollen Fördertöpfe zusammenführen, Budgets ermöglichen und mehr Bedarfsorientierung etablieren. Jugendarbeit ist kein Luxus, der der fiskalischen Willkür unterliegen darf. Bei einer sachgerechten Förderung der Jugendlichen sollten keine hohen Teilnehmergebühren erhoben werden und der Zugang muss niedrighschwellig sein. Mit einer an den Interessen von Jugendlichen anknüpfenden Jugendpolitik kann auch die Zuwendung zu rechtsextremem Gedankengut verhindert werden.

Um die Zukunftsperspektiven junger Leute zu stärken, braucht es eine hochwertige, zielorientierte Ausbildung. Jugendberufshilfe und Freiwillige Soziale oder Ökologische Jahre dienen der Orientierungssuche und sollten ebenso wie auch die Vermittlung von Praktika ohne hohe Zugangsschwellen vermittelt werden.

Wir treten allen Bestrebungen der Landesregierung im Bundesrat entgegen, den Regelungsbereich des Kinder- und Jugendhilfegesetzes auf die Länder zu übertragen. Zu offensichtlich sind die Begehrlichkeiten, in diesem Bereich freier streichen zu wollen. Leistungseinschrän-

kungen im Bereich der Jugendhilfe rächen sich in den Kommunen (Straßenkinder), in der Jugendgerichtshilfe und bei der Integration von Kindern mit erhöhtem Betreuungsaufwand ins Bildungssystem und in die Gemeinde. Der Rechtsanspruch auf sonderpädagogische Förderung und Unterstützung bei Teilleistungsstörungen wie Legasthenie bleiben notwendig und verhindern »Versagenskarrieren«.

### **Für eine neue Familienpolitik**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen ihre neue Familien- und Kinderpolitik als eine praktische Politik, die sich an den Bedürfnissen der in Sachsen-Anhalt lebenden jungen Menschen, Eltern und Kinder orientiert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen angesichts der wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Lage in unserem Bundesland eine neue Familienpolitik in Sachsen-Anhalt. Das Familienförderungsgesetz (FamFöG) reduziert sich auf die Festschreibung von Bestehendem unter Haushaltsvorbehalt und wird seinem Anspruch nicht gerecht. Wir wenden uns gegen diese Symbolpolitik von CDU/FDP. Auch wenn Familienförderung immer mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist, vertreten wir den grundsätzlichen Anspruch, dass Kinder und ihre Familien einen eigenständigen Anspruch auf gesellschaftliche Ressourcen haben. Wenn unser Land eine Zukunft haben will, muss sich den Bedarfslagen von Familien zugewendet werden. Eine rein geburtenfördernde Familienpolitik lehnen wir ab.

Familienpolitik muss sich vorrangig den Familien zuwenden, in denen Kinder aufwachsen oder der Wunsch nach Kindern besteht. Sie muss als ressortübergreifende Politik Antworten auf vielfältigste gesellschaftliche Prozesse geben. Wir stehen für einen integrativen Ansatz, der alle Lebensbereiche kinder- und familienfreundlich gestaltet. Dabei sind der kulturelle Wandel zu beachten und strukturelle Veränderungen in den Lebenswelten junger Menschen zu analysieren. Spezielle Bedürfnisse von Patchworkfamilien, Alleinerziehenden und Kinderreichen müssen bei allen familienpolitischen Maßnahmen berücksichtigt werden.

Zentrales Ziel unserer Familienpolitik ist es, die Lebensumwelt kinder- und familienfreundlicher zu gestalten. Familienfreundliche Landespolitik zeigt sich in konkreten Maßnahmen zur besseren Gestaltung der Lebensräume von Kindern. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet das, die Partizipation der Familien, ressortübergreifendes Handeln auf Staatssekretärscherebene und eine gute Finanzgrundlage für Familien durch unterstützende Leistungen zu gewährleisten. Auch in der Verkehrs-, Bildungs-, Gesundheits- und Jugendpolitik sowie bei der Städteplanung sind die Interessen von Familien zu berücksichtigen.

Auf Landesebene dürfen nicht immer mehr zusätzliche Kosten auf Kommunen und Eltern verschoben werden. Wir kämpfen für die Wiedereinführung der Schulbuchfreiheit und die Beibehaltung kostenloser Schülerbeförderung für sozial schwache Familien. Alle Gebühren müssen familiengerecht und sozial ausgewogen gestaltet werden.

### **Familiengerechte Lebenswelt**

Männer und Frauen brauchen die notwendigen Rahmenbedingungen, um sich für Kinder entscheiden zu können. Familien brauchen dazu neben ganztägigen Betreuungsangeboten auch die Stärkung ihrer Erziehungskompetenz und Erleichterungen im Alltagsmanagement. Hier kann eine in der Breite wirkende Familienhilfe entlastend wirken. Familienbildung, Erziehungsberatung und Erziehungshilfe im Rahmen der Leistungen der Jugendhilfe sind geeignete Mittel zur Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern. Familienbildung muss als Ort der Wertevielfalt erhalten und ausgebaut werden. Die Arbeit der freien Träger ist dabei unersetzlich.

Zu einer familiengerechten Lebenswelt gehört die Qualität der Kinderbetreuung ebenso, wie die infrastrukturellen Angebote für Familien in ihrem unmittelbaren Wohn- und Arbeitsumfeld. Auch bezahlbarer und ausreichender Wohnraum gehört zum lebensnotwendigen Existenzminimum von Familien. Im Rahmen des Stadtumbauprogramms Ost sind ausreichend große und bezahlbare Mietwohnungen für Familien mit Kindern zu schaffen. Inwieweit öffentlicher Raum den Anforderungen gerecht werden kann, hängt letztlich auch davon ab, ob und wie Familien an seiner Gestaltung relevant mitwirken werden.

Durch lokale Bündnisse für Familien können Netzwerke gegenseitiger Unterstützung entstehen, in denen sich Menschen in gleicher Lebenslage treffen. Besonderes Ziel muss dabei auch sein, unsinnige bürokratische Hürden für private Initiativen zur lokalen Verbesserung der Lebensräume für Familien abzubauen. Die Vernetzung aller Institutionen, denen Familienfreundlichkeit in der Kommune ein Anliegen ist, ist anzustreben. Für soziale Netzwerke, familienfreundliche Nachbarschaften und Angebote, wie z.B. Hol- und Bringendienste, Babysitting und flexible Familienbildungsangebote werden geeignete Rahmenbedingungen für deren Realisierung geschaffen.

Zur Realisierung besser gestalteter Lebensräume mittels partizipierender Ansätze sind im Land gezielte Qualifikationsmöglichkeiten für Netzwerkerinnen und Netzwerker zu schaffen. Professionelle Unterstützung muss dabei auch zusätzlich ausfinanziert werden.

### **Kinderfreundliche Kommune**

Die kindgerechte Stadtlandschaft ist eines der wichtigsten Ziele des ökologischen Stadtumbaus. Konkrete Ansatzpunkte sind die Einbeziehung von Familien bei der Planung und Definition konkreter (Frei-)Flächen und (Spiel-)Räume und deren Verbindung. Dazu wollen wir den Ausbau von Grünflächen mit Bäumen und Büschen, Bächen, Wasserfällen und flachen Tümpeln als Spielorte für Kinder durch eine moderne Stadtplanung. Das bedeutet auch Barrierefreiheit für Familienmobilität, verkehrsberuhigte Zonen, sichere Radwege und kinderwagengeeignete Wege.

Wir wollen den Ausbau sozialräumlich gebundener Zentren (Stadtteilzentren, Gemeindezentren). Das heißt, die Schule am Ort sollte organisatorisch und räumlich mit der Kindertagesstätte und Angeboten für Eltern verbunden werden. Sie ist ein Ort für Begegnung, Selbsthilfe, Bildung und Beratung. Zusätzlich zur Förderung der bereits vorhandenen Einrichtungen zur Familienbildung muss die Familienbildung auch verstärkt als Aufgabe an Kindertagesstätten und Schulen umgesetzt werden. Unsere Vision ist das offene Haus, in dem Kinder betreut werden, lernen und Menschen sich treffen können – als kulturelles Zentrum des Ortes oder des Wohngebietes. Auch alte Menschen können dort integriert werden.

Eine Kinderfreundlichkeitsprüfung in den Kommunen ist für uns kein formaler, verwaltungstechnischer Akt, sondern ein auf Kommunikation und Mitbestimmung basierender Prozess. Dazu sollte in Sachsen-Anhalt verbindlich festgeschrieben werden, dass Raum und Gelegenheit für Begegnung der Generationen und unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen bei der Festlegung der Entwicklungsziele in den Städten und Gemeinden (z.B. kommunale Kinder- und Jugendparlamente, Beteiligung an der Stadtplanung) gegeben wird.

Wir wollen, dass die Erfahrungen von Familien auf kommunaler Ebene verstärkt eingebracht und bei aktuellen Projekten besser berücksichtigt werden. Dafür befragen wir Bürger und Eltern und organisieren Konferenzen, um daraus konkrete Handlungsanleitungen zu erarbeiten.

### **Familiengerechte Arbeitswelt**

Wir wollen neue Arbeitszeitmodelle. Durch ein flexibles Arbeitszeitvolumen könnten Frauen und Männer ohne Karriere- oder Arbeitsplatznachteile ihre verschiedenen Lebensphasen gestalten. Unser Ziel ist eine geschlechtergerechte Umverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit und ein Wandel hin zur gemeinsamen sozialen Verantwortungsübernahme von Frauen und Männern. Eine moderne Unternehmenskultur bedeutet für Eltern neben familienfreundlichen Arbeitszeiten eine betriebsnahe flexible Kinderbetreuung.

Besonders für kleine und mittelständische Unternehmen muss der Absicherungsfond der Versorgungsämter entbürokratisiert und verbessert werden, um den Ausfall von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Schwangerschaft, Mutterschutz oder Erkrankung des Kindes abzufedern.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei der öffentlichen Fördermittelvergabe in Sachsen-Anhalt der Familienfreundlichkeit besonders Rechnung getragen wird. Neben der Durchführung des Gender-Budgeting kann die verstärkte Vergabe von Zertifikaten an Unternehmen in Sachsen-Anhalt für eine besonders frauen- und familiengerechte Organisation der Arbeit ein notwendiges Qualitätskriterium sein.

Wir wollen institutionalisierte Angebote, die darauf abzielen, Eltern in ihrem unmittelbaren Lebenszusammenhang zu stärken und ihnen den Erwerb von zusätzlichen Qualifikationen zu ermöglichen. Dafür sind unternehmensnahe oder überbetriebliche Elternakademien geeignet.

### **Seniorinnen und Senioren**

Älteren Menschen kommt ein wichtiger Platz in unserer Gesellschaft zu. Sie setzen mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen ein positives Zeichen für die Gemeinsamkeit der Generationen, was für alle von Nutzen sein kann. Die demographische Entwicklung in Deutschland bewirkt einen immer stärker werdenden Teil von älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung. In einem Land wie Sachsen-Anhalt, das dazu noch mit steigendem Abwanderungsdrang vor allem jüngerer Bevölkerungsteile konfrontiert ist, muss diese Entwicklung besondere Beachtung finden. Seniorenpolitik tangiert bereits jetzt alle Politikfelder und wird sich auch in der Zukunft immer stärker auf diese auswirken. Die Politik muss die Chancen und Möglichkeiten einer Solidarisierung zwischen Alt und Jung, eines Dialogs der Generationen sehen, fördern und effektiv nutzen. Die Seniorengeneration heute hat andere Vorstellungen vom Leben im Ruhestand und neue Ansprüche an die Gesellschaft als noch die Generationen vor ihr. Lebenslanges Lernen und Studieren im Alter, das Ausprobieren neuer Lebensformen, ehrenamtliches Engagement in Politik, Wirtschaft und sozialen Ämtern gehören heute zum Alltag vieler Seniorinnen und Senioren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Entwicklung hin zum aktiven Alter unterstützen und die Seniorenbeiräte in ihren Mitsprache- und Beratungsmöglichkeiten stärken und ehrenamtliches Engagement von Seniorinnen und Senioren in der Gesellschaft mehr anerkennen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine stärkere Beteiligung älterer Menschen an politischen Entscheidungen ein und auch dafür, dass dem Sicherheitsbedürfnis älterer Menschen stärker als bisher Rechnung getragen wird. Wir halten die Förderung von alternativen Wohnprojekten, Bildungsmöglichkeiten, Begegnungsstätten und von aktiver Mitsprache für die beste Politik gegen Vereinzelung und Vereinsamung im Alter. Die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren ernst zu nehmen, bedeutet auch, Chancen für die Schaffung neuer

Arbeitsplätze etwa durch besondere Angebote im Tourismus, Dienstleistungs- und Bildungsbereich zu nutzen.

### **Für eine gestaltende Gesundheitspolitik**

Gesundheitspolitik in Sachsen-Anhalt hat sich in den vergangenen Jahren auf organisatorische Fragen, wie die Organisation des Rettungswesens und die Krankenhausplanung sowie auf Symbolpolitik konzentriert. Bisher fehlte weitgehend eine gestaltende Gesundheitspolitik, die Versorgungsfragen, Bürgerfreundlichkeit und Prävention in den Blick nimmt. Auch wenn die Weiterentwicklung der Gesundheitsziele erfolgt ist, wird nur halbherzig mit deren Umsetzung umgegangen.

Die durch die Landesvereinigung für Gesundheit wahrgenommenen und vorangetriebenen Initiativen wollen wir zu Modellprojekten qualifizieren und finanziell unterlegen. In einigen Bereichen ist verstärkte Aufmerksamkeit nötig. So ist die Anzahl psychischer und psychosomatischer Erkrankungen in der Bevölkerung gestiegen. Unfälle mit Kindern und Jugendlichen nehmen zu. In sozial schwachen Familien besteht ein größeres gesundheitliches Risiko. Um sich dieser Probleme verstärkt anzunehmen, sollen die Bereiche Gesundheit und Soziales im zuständigen Ministerium besser miteinander verknüpft werden.

Zentrales Anliegen grüner Gesundheitspolitik in Sachsen-Anhalt ist der freie Zugang zu den notwendigen Gesundheitsdienstleistungen. Zur Erhaltung und Wiederherstellung von Gesundheit ist eine gezielte Gesundheitsaufklärung und -förderung notwendig. Politik hat hierbei die Aufgabe, präventive und lebensweltorientierte Maßnahmen als Querschnittsaufgabe in moderne Versorgungsstrukturen des Gesundheitswesens zu integrieren. Die Erkenntnisse aus dem 5. Landesgesundheitsbericht müssen dazu führen, dass zielgruppenspezifische Gesundheitsförderung im Land vorangebracht wird. Wir brauchen dazu auch das von Rot-Grün verabschiedete Präventionsgesetz, das die Landesregierung im Bundesrat blockiert hat.

Qualitätsgesicherte Leistungen besonderer Therapierichtungen wie Naturheilverfahren und homöopathische Behandlungen müssen solidarisch finanziert werden und tragen zur Kostenreduktion bei.

### **Zweiklassenmedizin vermeiden**

Die Krise des Gesundheitssystems äußert sich in immer neuen finanziellen Problemen. Mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz wurde nur eine Atempause erreicht. Unsere Antwort für die Zukunft heißt Bürgerversicherung. Nur sie kann eine solidarische, gerechte und nachhaltig finanzierbare Zukunft für das Gesundheitswesen garantieren. Daran werden wir weiterhin festhalten, um eine Zweiklassenmedizin zu vermeiden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen den Aufbau integrierter Versorgungsformen, die eine Zusammenarbeit verschiedener Ärzte fördern und insbesondere die gemeinsame Nutzung von Apparat- und Verwaltungsressourcen beinhalten.

Der Altersdurchschnitt der niedergelassenen Ärzte ist in Sachsen-Anhalt so hoch, dass in wenigen Jahren eine akute Unterversorgung im ländlichen Raum zu erwarten ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass durch eine geeignete Förderung des Landes die Ansiedlung von Ärzten im ländlichen Raum unterstützt wird. Praxen in unterversorgten Gebieten können in kommunale Hand gegeben und von mehreren in Teilzeit arbeitenden Ärztinnen und Ärzten betrieben werden. Wir halten es für eine kurzfristig umsetzbare und sinnvolle Lösung für dünn besiedelte Gebiete, auf das Konzept der Gemeindefachschwestern zurückzugreifen.

### **Ganzheitlicher Ansatz zur Gesundheitsförderung**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz zur Gesundheitsförderung, der die freie Lebensgestaltung des Einzelnen respektiert. Unser Engagement für eine stärkere Orientierung auf die Patientinnen und Patienten werden wir mit konkreten Schritten umsetzen. Wir wollen regionale Gesundheitskonferenzen und das Gesunde-Städte-Netzwerk in Sachsen-Anhalt breiter etablieren und Gesunde Schulen und Kitas fördern. Ziel ist ein positives Zusammenwirken von öffentlichem Gesundheitsdienst, Krankenhäusern und ambulanter Versorgung, Sozialversicherungen, Krankenkassen und Selbsthilfe.

Die Selbsthilfe werden wir als tragende Säule der Gesundheitspolitik in Sachsen-Anhalt unterstützen, unabhängige Patientenberatungsstellen zur Orientierung im Gesundheitssystem stärken und uns für eine Patientenbeauftragte/einen Patientenbeauftragten in der Landesregierung einsetzen.

Frauen und Männer unterscheiden sich hinsichtlich ihres Gesundheits- und Krankheitsbewusstseins und -verhaltens, ihres Krankheitspektrums und der sozialen Rahmenbedingungen. Dafür sind in erster Linie unterschiedliche Lebenslagen und psychosoziale Faktoren verantwortlich. Geschlechterdifferenzierung ist ein unverzichtbares Qualitätsmerkmal einer effizienten und effektiven Gesundheitsförderung, -versorgung, Rehabilitation und Pflege. Wir setzen uns deshalb ein für die Verankerung einer nach Geschlecht differenzierten Sichtweise, die von der geschlechterdifferenzierten Erhebung und Aufbereitung von Daten in Gesundheitsberichten bis hin zur Verankerung geschlechtsspezifischer Inhalte in Aus-, Fort- und Weiterbildung reicht.

Die Krankheitsbilder bei Kindern und Jugendlichen sind dramatischer geworden. Chronische Erkrankungen, Allergien und psychische Störungen lösen die alten Kinderkrankheiten ab. Lebensführung und falsche Ernährung machen immer mehr Kinder und Jugendliche krank. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass für Sachsen-Anhalt ein »Aktionsplan Umwelt und Gesundheit« erarbeitet wird.

### **Realitätsnahe Sucht- und Drogenpolitik**

Eine drogenfreie Gesellschaft gibt es nicht. Problem Nummer Eins unter den Suchtmittelabhängigkeiten ist der Alkoholismus. Etwa die Hälfte aller Gewaltstraftaten wird in Sachsen-Anhalt unter Alkoholeinfluss begangen. Auch Medikamente sind gerade für Frauen und ältere Menschen bevorzugte Suchtstoffe.

Wir wollen die Präventionsarbeit stärken. Alkohol und Nikotin sind die Hauptgefahren für immer jüngere Kinder und Jugendliche, in Abhängigkeit und Sucht zu rutschen. Ziel ist es, diejenigen, die nicht oder nur geringfügig konsumieren, zu stabilisieren, den Beginn des Konsums zu verhindern, riskante Konsummuster frühzeitig zu reduzieren

und Abhängigkeit zu vermeiden. Wir wollen hier verstärkt Aufklärung betreiben, Ärztinnen und Ärzte in die Pflicht nehmen und das Therapieangebot für suchtkranke Menschen ausbauen.

Wir wenden uns gegen eine Kriminalisierung der Konsumenten und setzen uns für die Legalisierung weicher Drogen ab 18 Jahren ein. Diese Legalisierung darf jedoch nicht über die Gefahren von Haschisch – aber auch von Nikotin und Alkohol – hinwegtäuschen. Wir setzen uns für einen Ausbau einer qualitativ hochwertigen Suchtprävention und Suchtberatung vor allem an und in Schulen ein. Bei harten Drogen wollen wir neben Prävention und Therapie die Überlebenshilfe als wichtigen Pfeiler der Suchtpolitik ausbauen. Gleichzeitig ist der Vertrieb harter Drogen mit allen rechtstaatlichen Mitteln im Rahmen der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu verfolgen.

### **Gesundheitsprävention: Selbstverantwortung und Beratungsangebote**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die AIDS-Prävention in die allgemeine Sexualpädagogik integrieren. Wir setzen uns insbesondere für Präventions- und Beratungsangebote in der unmittelbaren Lebenswelt der Jugendlichen ein. Selbstverantwortung in der Prävention ist der wichtigste Schutz vor HIV. Dafür ist die Freiwilligkeit der HIV-Tests eine Voraussetzung.

Wir fordern eine stärkere Berücksichtigung von Präventionskonzepten zur Verbesserung der frauenspezifischen Gesundheitsversorgung und den Aufbau eines Frauengesundheitszentrums in Sachsen-Anhalt.

Minderjährige Schwangere, arme Familien und die oft verunsicherten jungen und werdenden Eltern brauchen eine flächendeckende Beratungsinfrastruktur. Schwangerenberatungsstellen und die Stiftung »Familie in Not« müssen trotz sinkender Einwohnerzahl auf ihrem Förderniveau gehalten werden.

Die eklatante Unterversorgung im ambulanten psychotherapeutischen Bereich erfordert die gezielte Einflussnahme der Landesregierung auf

die Ausweitung psychotherapeutischer Niederlassungen bei gleichzeitigem Erhalt vorhandener Beratungsstellen

### **Für eine barrierefreie Gesellschaft**

Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen am Leben in der Gemeinschaft, ihr Recht auf Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen und der Zugang zum Arbeitsmarkt sind Ziele unserer Politik.

Gleichzeitig wollen wir die Barrieren in den Köpfen der Arbeitgeber weiter abbauen. Menschen mit Behinderungen sind leistungsfähig und motiviert. Sie benötigen lediglich ein Arbeitsumfeld, das ihren besonderen Ansprüchen entspricht. Hierzu werden wir die Entwicklung der Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen fördern. Mit dem »Persönlichen Budget« haben wir auf Bundesebene die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Behinderte selbstbestimmt in ihren eigenen vier Wänden leben können. Sie entscheiden eigenständig, in welcher Form sie sich Hilfe und Unterstützung organisieren. Dabei müssen die ambulanten Angebote gegenüber den stationären deutlichen Vorrang haben. Diesen Weg werden wir weitergehen. Leistungen für Menschen mit Behinderungen dürfen nicht von der Finanzlage der öffentlichen Haushalte abhängig gemacht werden. Ihre individuellen Bedürfnisse müssen berücksichtigt werden.

Wir wenden uns gegen jede Form der Ausgrenzung behinderter Kinder und ihrer Familien. Dazu gehört, Kinder mit besonderem Förderbedarf in wohnortnahe Normalschulen zu integrieren. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein immer höherer Prozentsatz von Kindern in Förderschulen abgeschoben wird. Die Pädagoginnen und Pädagogen müssen durch spezielle Fortbildungsangebote befähigt werden, dem sonderpädagogischen Ansatz gerecht zu werden bzw. es muss an den Normalschulen pädagogisches Personal mit entsprechender Sonderqualifikation eingestellt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass barrierefreies Leben in allen Städten für alle Personengruppen, für Familien, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderungen möglich ist. Angesichts der prozentua-

len Zunahme der Anzahl älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung muss Barrierefreiheit zum Standard beim Neubau und, wo es möglich ist, bei der Sanierung von Gebäuden werden. Außerdem muss langfristig eine entsprechende Umgestaltung der Infrastruktur in allen Städten und Gemeinden Sachsen-Anhalts erfolgen. Barrierefreiheit bedeutet dann nicht mehr eine notwendige Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber einzelnen Gruppen, sondern wird zu einem anerkannten Qualitätsstandard, an dem sich alle Planungen messen lassen müssen.

## **Lebenswerte Welt für nachkommende Generationen**

### **Für eine nachhaltige Umweltpolitik**

Die Landesregierung steht für eine Politik, die den Schutz der Umwelt als nachrangig ansieht. Ganz deutlich wird dies anhand der Regierungserklärung von Ministerin Wernicke aus dem Jahr 2004, die für keinen Umweltbereich Ziele benennt und schwierige Themen wie die Gentechnik schlicht ausspart. Dies ist nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes falsch, sondern auch ökonomisch und sozial kurzfristig.

Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht der Umweltschutz im Mittelpunkt des politischen Handelns. Inhaltlich orientieren wir uns am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, wie es 1992 von den Vereinten Nationen auf dem Umweltgipfel in Rio definiert wurde. Das bedeutet, dass die politischen Entscheidungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange in Einklang bringen wollen. Ziel ist, unsere Politik so auszurichten, dass auch die nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt vorfinden.

### **Nachhaltigkeitsstrategie für das Land**

Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann die Landespolitik nur auf der Grundlage einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie für Sachsen-Anhalt gestaltet werden. In dieser Strategie sollen Leitbilder und überprüfbare Ziele für Sachsen-Anhalt benannt werden. Darüber hinaus halten wir es für erforderlich, Nachhaltigkeitsindikatoren für

Sachsen-Anhalt zu benennen. Auf der Grundlage dieses Konzeptes soll dann in einem regelmäßigen Nachhaltigkeitsbericht der Stand der Entwicklung dargestellt werden. Darüber hinaus sollen künftig Modellprojekte für eine nachhaltige Entwicklung gezielt gefördert werden. Besonders wichtig sind hierbei die Unterstützung lokaler Nachhaltigkeitsinitiativen und die Stärkung der Umweltbildung. Sachsen-Anhalt soll sich angemessen an der Dekade »Bildung für Nachhaltige Entwicklung« beteiligen, die von den Vereinten Nationen ausgerufen wurde.

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass im Landeshaushalt Mittel zugunsten von Nachhaltigkeitsprojekten umgeschichtet werden. Ziel ist es, mit diesen Projekten (z.B. zur Energieeinsparung) eine höhere Wertschöpfung in Sachsen-Anhalt zu generieren. Außerdem werden wir einen »Nachhaltigkeitscheck« für alle Fördermittel des Landes einführen.

### **Umweltschutz schafft Arbeitsplätze**

Sachsen-Anhalt hat wie kein anderes Bundesland auch ökonomisch vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitiert. Der größte industrielle Arbeitgeber in Magdeburg ist mit 2.300 Arbeitsplätzen die Firma Enercon, die Windkraftanlagen herstellt. Die Liste lässt sich mit der Firma Q-Cells in Thalheim bei Wolfen und weiteren Firmen der Branche fortsetzen. Diese Beispiele zeigen, dass ökologische Modernisierung und ökonomische Vernunft miteinander vereinbar sind, indem im Umweltschutz dauerhaft sichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Die künftige Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird diesen Prozess befördern und gezielt die Versäumnisse der Vergangenheit angehen. Besondere Bedeutung haben für uns Forschung und Entwicklung im Umweltbereich, insbesondere an den Hochschulen des Landes.

### **Entschlossenes Handeln für den Klimaschutz**

Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Durch zahlreiche Studien und Statistiken ist klar nachgewiesen, dass die Schäden durch extreme Wetterereignisse, wie Stürme und Überschwemmungen deutlich zunehmen. Die Antwort der Landesregierung war eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das von der Bundesregierung eingeführte Emissionshandelssystem. Dar-

über hinaus wurden die Mittel der Klimaschutzstiftung Sachsen-Anhalts eingezogen, so dass praktisch keine Klimaschutzprojekte mehr gefördert werden können. Der Vorgang charakterisiert das Desinteresse der Landesregierung am Klimaschutz.

Entschlossenes Handeln ist gefordert – dieses spielt besonders bei der Energiefrage eine große Rolle. Neben dem Klimaschutz sind für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die folgenden Grundsätze für alle energiepolitischen Strategien leitend: der wirtschaftliche Aspekt mit der Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der Erneuerbaren Energien, der Ressourcenschutz durch die Reduktion des Verbrauchs fossiler Energieträger, eine ungefährliche Energieversorgung sowie die Unabhängigkeit von anderen Ländern und Krisensituationen und damit auch ein Beitrag zur Friedensicherung.

Die Energiepolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt auf eine sichere und zuverlässige Versorgung mit Energie. Sie fußt auf drei Säulen: Ausbau von erneuerbaren Energien, Steigerung der Energieeffizienz sowie Energieeinsparung.

### **Mehr Energie aus regenerativen Quellen**

In Sachsen-Anhalt werden mehr als 30 Prozent des Stromverbrauches aus erneuerbaren Energien gedeckt. 7.600 Menschen – Tendenz steigend – verdanken ihren Arbeitsplatz der Windkraft, Sonnenenergie und der Biomasse. Inzwischen hat sich bei der Produktion von Wind- und Solaranlagen ein industrieller Wachstumskern entwickelt. Die innovativen Energieanlagen gehen in den heimischen Markt und zunehmend in das Exportgeschäft.

Aufgrund des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, das feste Vergütungen für regenerativ erzeugten Strom vorsieht, gibt es seit dem Jahr 2000 einen anhaltenden Boom bei den alternativen Stromerzeugungen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese positiven Erfahrungen beim Strom auf den Wärmebereich übertragen und unterstützen das auf Bundesebene initiierte Wärmegesetz zur Regelung der Vergütung von Wärme, die mit erneuerbaren Energien erzeugt wird (z.B. mit Sonnenkollektoren).

Zurzeit gibt es in Sachsen-Anhalt 1.500 Windkraftanlagen mit einer Leistung von 2.000 MW. Eine Million Haushalte können dadurch mit Strom versorgt werden. Zur Effizienzsteigerung sprechen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen umfassenden Ersatz bestehender Anlagen durch neuere Windkraftanlagen aus (Repowering).

Sachsen-Anhalt hat derzeit 40 Biogasanlagen mit einer Leistung von 15 MW. Wir haben im Land ein Ausbaupotenzial auf 270 MW elektrische Leistung. Um dieses zügig nutzen zu können und für Investoren Planungssicherheit zu bieten, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür sorgen, dass die Vielzahl der Genehmigungsvorschriften auf der Umsetzungsebene nicht zu Verzögerungen führt. Außerdem muss die Akzeptanz für Biogasanlagen erhöht werden. Dazu soll eine landesweite Aufklärungskampagne für Einsatz und Nutzen dieser Technologie gestartet werden mit dem besonderen Hinweis auf die Wertschöpfungskette vom Anlagenbau, über die Biomasseerzeugung bis zum Betreiben der Biogasanlage. Den landwirtschaftlichen Betrieben wird damit eine weitere Einnahmequelle eröffnet. Die energetische Verwertung von Bioabfällen in den Kommunen soll finanziell gefördert werden. Darüber hinaus müssen Forschung und Entwicklung zur Bioabfallverwertung an den Hochschulen und Instituten des Landes gestärkt werden (u. a. Konzepte zur Flächennutzung, Verbesserung bei der Fermenter-Technik). Da das Holznutzungspotenzial in Sachsen-Anhalt noch nicht ausgeschöpft ist, sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch hier eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit als wichtige Maßnahme an, um umfangreich über die Holznutzung – insbesondere bei Einfamilienhäusern und in Kommunen – zu informieren.

Die Solarenergienutzung nimmt noch – wie bundesweit – einen sehr geringen Anteil an der Strom- und Wärme- bzw. Warmwassererzeugung ein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Anteil erhöhen und setzen sich dafür ein, dass die Dachflächen von landeseigenen Gebäuden zur solaren Nutzung Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.

Im Norden Sachsen-Anhalts gibt es große Möglichkeiten, Energie durch geothermische Anlagen zu gewinnen. Wir setzen uns dafür ein,

dass diese Form der Energiegewinnung stärker als bisher vorangebracht wird.

### **Investitionen in Netzstruktur und Kraft-Wärme-Kopplung**

Zurzeit ist unser Stromnetz zum zentralen Verteilen von Strom aus großen Kraftwerken konzipiert. Im Vergleich zu den Ballungsgebieten ist in den dünn besiedelten Bereichen dieses Netz weniger stark ausgebaut. Doch gerade hier werden Windenergie und Biomasse gewonnen. Beim Energieeinsammeln aus diesen dezentralen Anlagen kann es aufgrund der schwachen Netzstruktur zu Problemen kommen. Um den nachhaltigen Umbau der Energieversorgung weiter voran zu bringen, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von den Netzbetreibern, die elektrischen Versorgungsnetze so anzupassen, dass der fluktuierende, auf kurze Frist mittlerweile gut vorhersagbare erzeugte Strom aus erneuerbaren Energien problemlos in das Versorgungssystem eingebunden werden kann. Dazu gehört auch die Einrichtung neuer Stromtrassen zur Sicherung der Übertragungswege im 110 und 380 KV-Netz. Wir werden uns gezielt dafür einsetzen, dass die bislang acht bis zehn Jahre dauernden erforderlichen Planfeststellungsverfahren für die Genehmigungen neuer Trassen deutlich verkürzt werden. Darüber hinaus fordern wir Bemühungen zu Entwicklung und Einsatz von Stromspeichersystemen als Beitrag zur Gewährleistung der Netzsicherheit auch bei hohen Anteilen von Strom aus regenerativen Quellen.

Mit dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung können in den nächsten Jahren die gleichen CO<sub>2</sub>-Minderungsziele wie durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien erzielt werden. Sie ist damit ein wesentliches Energieeffizienzinstrument. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die vorhandenen Förderinstrumente besser genutzt werden.

### **Energiesparen (nicht nur) in landeseigenen Gebäuden**

Systematisches Energiemanagement hilft nicht nur beim Energiesparen, sondern aufgrund der sinkenden Betriebskosten langfristig auch beim Geldsparen. Um diesen Vorteil dauerhaft nutzbar zu machen, ist die Einführung eines systematischen Energiemanagements bei Landesliegenschaften zwingend. Die Finanzierung könnte über Contracting-Verträge erfolgen (Refinanzierung von Investitionen durch die eingesparten Ener-

giekosten). Die erforderlichen Energiepässe sind ein positives Beispiel, wie Transparenz bei Energiebedarf und -verbrauch geschaffen wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten eine landesweite, tief greifende Aufklärungskampagne zum Energiemanagement für dringend geboten.

Ein weiterer Schwerpunkt muss eine Steigerung bei den erneuerbaren Energien zur Gebäudeversorgung sein. Zurzeit wird nur ein geringer Teil der landeseigenen Gebäude mit Ökostrom versorgt. Wir möchten den Bezug von Ökostrom für diese Häuser verpflichtend machen und schlagen zur Realisierung einer betriebswirtschaftlich günstigen Variante eine ökologisch anspruchsvolle Ausschreibung vor, die sich an den Empfehlungen des Bundesumweltministeriums orientiert. Darüber hinaus ist bei der Planung neuer Landesliegenschaften und bei umfassenden Renovierungen der Einsatz von Solaranlagen obligatorisch zu prüfen und – soweit sinnvoll – umzusetzen.

Energiesparen an Schulen soll in ganz Sachsen-Anhalt Schule machen. Das fifty-fifty-Modell, mit dem die Schüler und Schülerinnen 50 Prozent der eingesparten Energie für eigene Projekte verwenden, soll an allen Schulen eingeführt werden.

### **Kein Zurück zur Atomenergie**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Atomenergie mit ihren großen Gefährdungen und der ungeklärten Entsorgung der radioaktiven Abfälle ab und plädieren für sichere und beherrschbare Technologien. Wir halten am Atomausstieg fest und setzen uns auf allen Ebenen dafür ein. In Sachsen-Anhalt gibt es keine Atomenergie und wir produzieren trotzdem mehr Strom als wir brauchen. Diese Tatsache beweist, dass die Volkswirtschaft sehr gut auf die Atomtechnologie verzichten kann. Auch wenn wir uns aktuell in Sachsen-Anhalt nicht um Atom-müll aus Atomkraftwerken kümmern müssen, beschäftigen uns mit dem bestehenden Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) doch alarmierende Entsorgungsschwierigkeiten.

### **Morsleben so schnell wie möglich stilllegen**

Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) wurde bereits zu DDR-Zeiten und von 1990 bis 1998 bundesweit für mittel- und schwachradioaktiven Abfall benutzt. Doch aufgrund der mangelhaften

Standfestigkeit und der ungenügenden geologischen Barriere geht vom Endlager Morsleben die reale Gefahr der Freisetzung von Radioaktivität aus. 2001 stürzte ein 4.000 Tonnen schwerer Salzbrocken von der Decke eines Hohlraumes. Bereits jetzt gibt es mehrere Wasserzuflussstellen, so dass über das eindringende Wasser Radioaktivität nach außen transportiert werden könnte. Obwohl in der Vergangenheit auf diese Gefahren immer wieder hingewiesen wurde, hatte die damalige Bundesumweltministerin, Angela Merkel, den Weiterbetrieb angewiesen. Da die Abklingzeiten Jahrtausende betragen, gehen wir davon aus, dass eine Langzeitsicherheit nicht zu gewährleisten ist. Trotzdem ist es höchste Zeit, dass umfassende Maßnahmen zur Gefahrenminimierung ergriffen werden.

Wir begrüßen deshalb das Vorgehen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), das die Maßnahmen zur weiteren Stilllegung umfassend mit Experten beraten hat und nun die Planungsunterlagen zur endgültigen Schließung beim Umweltministerium in Sachsen-Anhalt eingereicht hat. In Vorbereitung auf den Planfeststellungsbeschluss, fordern wir das BfS auf, dass es während dieses Verfahrens Zwischenstandsberichte veröffentlicht, so dass mit den verschiedenen Stilllegungskonzepten eine breite Diskussion von Schließungsvarianten möglich wird. An das Umweltministerium als Genehmigungsbehörde appellieren wir, das Stilllegungsverfahren so schnell wie möglich voranzubringen.

### **Nachhaltige und kreative Stadtentwicklung**

In den letzten Jahren hat Sachsen-Anhalt 500.000 von seinen ehemals drei Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern verloren. Dieser Bevölkerungsrückgang hält unvermindert an. Regionen, Kreise, Städte und Gemeinden müssen sich endgültig von ihren am Wachstum orientierten Regional- und Stadtentwicklungsplänen verabschieden und neue Zielvorstellungen formulieren. Bisherige technokratische Planungsverfahren sind nicht mehr geeignet, Fragen nach innovativen Projekten, nach Wachstumspotenzialen und nach der Identität einer Stadt bzw. einer ganzen Region zu klären.

200.000 Wohnungen stehen leer und sollen abgerissen werden, damit Mieten und Immobilienpreise nicht ins Bodenlose fallen. Wir fordern, dass Abriss nur dann gefördert wird, wenn sich dadurch das Wohnumfeld verbessert. Gleiches gilt für Plattenbausiedlungen. Hier muss Teilrückbau und Verkleinerung von den Rändern her mit ökologisch sinnvollen Aufwertungsmaßnahmen einhergehen, unter Beibehaltung der vorhandenen Infrastruktur (wie z.B. Schulen, Kindergärten, Betreuungsstationen etc.).

Leerstehende Gebäude und innerstädtische Baulücken sind Räume, deren kreative Aneignung durch die Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden sollte. Neue kulturelle Milieus und zu Naherholungsflächen umgewandelte Brachflächen können Lebensqualität und Stadtklima verbessern helfen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen ausdrücklich die Ansätze der Internationalen Bauausstellung 2010 (IBA) in Sachsen-Anhalt. Zurzeit arbeiten ausgewählte Städte an neuen Wegen, um aufzuzeigen, dass eine urbane und lebendige Lebensqualität und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht von Bevölkerungswachstum und zunehmendem Flächenverbrauch abhängen, sondern vom qualitativen Wachstum zukunftsfähiger Branchen und Projekte. Die IBA versteht sich als »Labor«, in dem verschiedene Werkzeuge des Stadtumbaus exemplarisch zur Erprobung und Anwendung kommen, z.B. durch innovative Ansätze bei Finanzierung, Planungskultur und der Beteiligung der Bürger. Unserer Meinung nach muss dieser Impuls, der von der IBA ausgeht, auf ganz Sachsen-Anhalt und all seine Städte übergehen. Wir wollen dafür sorgen, dass Sachsen-Anhalt ein Labor für bauliche und kulturelle Experimente, für innovative Wohnkonzepte für Jung und Alt und für eine selbstbewusste Bürgerschaft wird.

### **Flächenverbrauch reduzieren**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Entwicklung der Städte und Regionen ökologisch und nachhaltig gestalten. Dies bedeutet vor allem, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Wir bekennen uns klar zur Abschaffung der Eigenheimzulage. Die frei werdenden Mittel sollen dafür verwendet werden, den Bestand zu sanieren und (Industrie-)Brachen nutzbar zu machen. Durch den größeren Personaleinsatz,

der bei einer Sanierung notwendig ist, werden mehr regionale Arbeitsplätze geschaffen als bei Neubauten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine nachhaltige Stadt- und Regionalplanung ein, die das Bauen im Bestand fördert und die Entwicklung von Standorten auf der grünen Wiese minimiert. Innenentwicklung hat für uns Vorrang vor Außenentwicklung. Dieses Prinzip soll sich auch in einer Novelle der Regionalen Entwicklungspläne niederschlagen, die bisher zur Siedlungsentwicklung nahezu keine tragfähigen und belastbaren Aussagen enthalten. Derzeit wird der notwendige Umbau der Städte im Wesentlichen von der Bundesregierung über das Programm »Stadtumbau Ost« finanziert. Wir setzen uns dafür ein, dass über die für die Kofinanzierung notwendigen Mittel hinaus weitere Gelder aus dem Landeshaushalt für den Stadtumbau bereitgestellt werden.

### **Ökologisches und nachhaltiges Bauen**

Sowohl im Neubau wie in der Sanierung wollen wir die Weiterverbreitung des ökologischen Bauens fördern. Durch gezielte Information und Aufklärung über recycelte Baumaterialien, über natürliche, nachwachsende Rohstoffe und über die vielfältige Leistungsfähigkeit regionaler Handwerksbetriebe wollen wir die hiesige Bauwirtschaft beleben, Ressourcenverbrauch reduzieren und eine gesunde Umwelt schaffen. Öffentliche Einrichtungen müssen Vorbildcharakter haben – durch Nutzung vorhandener Gebäude, beim Einsatz regenerativer Energie, bei Maßnahmen zur Energieeinsparung und bei der Auswahl ökologischer Baustoffe. Die generellen Einschränkungen bei Maßnahmen zur solaren Energiegewinnung im Denkmalsbereich müssen aufgehoben werden, um in Absprache mit den örtlichen Denkmalpflegern zu baulich umsetzbaren Lösungen zu kommen.

### **Natur- und Landschaftsschutz als Chance nutzen**

Der Verlust der biologischen Vielfalt, d.h. das fortschreitende Aussterben der Tier- und Pflanzenarten stellt eines der größten Umweltprobleme für uns Menschen dar. Um dieser dramatischen Entwicklung entgegenzuwirken, muss Ziel der Naturschutzpolitik Sachsen-Anhalts

sein, für alle im Land natürlich vorkommenden Arten ausreichend große Lebensräume zu sichern.

Die Landschaften Sachsen-Anhalts bieten jedoch auch aus ökonomischer Sicht große Potenziale. Sie sind einerseits ein weicher Standortfaktor, der Investitionsentscheidungen positiv beeinflussen kann, andererseits bildet eine intakte Natur die Grundlage für Wertschöpfung im Tourismus. Diese Chancen wurden von der Landesregierung nicht erkannt. Im Gegenteil, die zuständige Ministerin Wernicke hat den Naturschutz als Feind der Landwirtschaft und als Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung ausgemacht. Entsprechend einseitig sieht das tatsächliche politische Handeln aus. Besonders dramatisch ist die unzureichende Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie. Hier besteht die Gefahr, dass die EU Strafzahlungen verhängt oder die Mittel (ca. 450 Millionen Euro) aus den Strukturfonds gesperrt. Während auch CDU-regierte Länder wie Sachsen aufgrund dieser Gefahr längst handeln, ignoriert die Landesregierung Sachsen-Anhalts die Verpflichtungen nahezu vollständig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, die Chancen, die der Naturschutz für Sachsen-Anhalt bietet, konsequent zu nutzen.

### **FFH-Richtlinie konsequenter umsetzen**

Wir treten dafür ein, die FFH-Richtlinie konsequenter umzusetzen. Das bedeutet, schnellstmöglich Managementpläne für alle Gebiete zu erstellen und die darin festgelegten Maßnahmen umzusetzen sowie alle Gebiete als Schutzgebiete nach dem Naturschutzgesetz Sachsen-Anhalts auszuweisen. Die EU-Vogelschutzgebiete müssen umgehend als Schutzgebiete ausgewiesen werden, um auch ökonomisch wieder handlungsfähig zu werden. Denn wenn die Flächen nicht ausgewiesen sind, können in den Gebieten nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts keinerlei Projekte umgesetzt werden.

Es ist notwendig, die Ausweisung der Großschutzgebiete voranzubringen. Das heißt, umgehend die Grundlagen für die Erklärung des Biosphärenreservates Karstlandschaft Südharz zu schaffen. Die Situation im Aufbaustab des Biosphärenreservates charakterisiert die Naturschutzpolitik der Landesregierung in besonderer Weise, da trotz massivem Personaleinsatz – es wurden ca. 30 Personen aus dem

Forstbereich abgeordnet – über Jahre keinerlei Ergebnisse erzielt wurden. Ähnliches gilt für die Weiterentwicklung des Naturparks Drömling zu einem Biosphärenreservat und die Erklärung des geplanten Naturparks in der Colbitz-Letzlinger Heide.

Wir wollen das ehrenamtliche Engagement im Naturschutz stärken, indem die Regelungen des alten Naturschutzgesetzes für die ehrenamtlichen Naturschutzhelfer wieder in Kraft gesetzt werden.

### **Böden wirksam schützen**

Als natürliche Lebensgrundlage für Fauna und Flora haben die Böden eine Schlüsselstellung. Sie sind Hauptlieferant für unsere Nahrung. Neue Baugebiete und Rohstoffabbau zerstören natürliche Böden zunehmend.

Um die Böden gegen Versiegelung, Zerstörung und Vergiftung zu schützen, wollen wir im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung die bestehenden Förderinstrumente so umgestalten, dass der Innenentwicklung gegenüber dem Verbrauch bisher unversiegelter Flächen der Vorrang eingeräumt wird. Besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang auch innerstädtische Brachflächen. Diese sollen stärker für neue Bauvorhaben genutzt werden. Außerdem wollen wir die Regionalen Entwicklungspläne als Instrument zur Sicherung der Freiraumfunktionen weiter entwickeln. Dies kann z.B. durch die in vielen Bundesländern übliche Aufnahme von Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren in die Regionalplanung geschehen.

### **Abfallvermeidung statt Überkapazitäten bei der Abfallentsorgung**

Die Abfallpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist vorrangig auf Abfallvermeidung und Ressourcenschutz ausgerichtet. Die Politik der Landesregierung missachtet diesen Grundsatz, indem sie den entstehenden Überkapazitäten zur Vorbehandlung des Restmülls tatenlos zugesehen hat. Bereits jetzt übersteigen die Kapazitäten der in Sachsen-Anhalt neu errichteten Müllverbrennungsanlagen das tatsächliche Aufkommen deutlich. In Zukunft wird sich die Situation weiter verschärfen, da zum einen neue Anlagen entstehen (z.B. in Halle-Lochau) bzw. bestehende Anlagen erweitert werden sollen (z.B.

Leuna) und zum anderen durch einen Bevölkerungsrückgang und sinkende Müllaufkommen pro Einwohner die Müllmengen insgesamt sinken werden.

Diese Entwicklung ist verantwortungslos, weil die Anlagen nach Ablauf der jetzt bestehenden Verträge voraussichtlich nicht mehr ausgelastet werden können. Die Leidtragenden sind dann die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts, die – zumindest in den Fällen, bei denen städtische Betriebe beteiligt sind – höhere Gebühren zahlen müssen. Wir werden deshalb alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu verhindern, dass in Sachsen-Anhalt weitere Kapazitäten für die Vorbehandlung des Mülls entstehen.

### **Feinstaubbelastung senken**

Wie überall in der Bundesrepublik wurden die Verpflichtungen, die sich aus der EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie und ihrer Tochterrichtlinien ergeben, auch in Sachsen-Anhalt jahrelang nicht beachtet. Wir treten dafür ein, dass sich dies in Zukunft ändert.

Notwendig ist es u. a., die zu erstellenden Luftreinhaltepläne und die zugehörigen Aktionspläne schnell vorzulegen, damit auf dieser Grundlage in den betroffenen Städten unverzüglich Maßnahmen zur Senkung der Feinstaubbelastung eingeleitet werden können. Als einen Beitrag zur Senkung der Feinstaubbelastung werden wir uns dafür einsetzen, dass Brenntage landesweit abgeschafft werden. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, das Luftgütemessnetz für Sachsen-Anhalt (LÜSA) einer umfassenden Prüfung zu unterziehen. Damit soll festgestellt werden, ob unter Umständen an weiteren Stellen die Grenzwerte überschritten werden könnten.

### **Lärmbelastung verringern**

Lärm macht krank. Der Lärm von Autos, Eisenbahnen und Flugzeugen schränkt die Lebensqualität vieler Menschen erheblich ein. Hohe Lärmbelastungen sind aber auch ein Risiko für die Gesundheit. Der Verkehrslärm gehört mittlerweile zu den größten Umweltproblemen in unserem Land.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Schutz vor Lärm spürbar verbessern. Wir orientieren uns dabei an einer Empfehlung des Sach-

verständigenrates für Umweltfragen. Dieser fordert, dass möglichst bald Mittelungspegel von 65 Dezibel (dB) am Tage und 55 dB nachts nicht mehr überschritten werden. Auch die neue EU-Umgebungs-lärm-Richtlinie gibt wichtige Impulse für den Lärmschutz. Aufgrund der Richtlinie hat künftig jeder einen Anspruch auf Information über die aktuelle Lärmbelastung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die EU-Richtlinie schnellstmöglich auch in Sachsen-Anhalt umgesetzt wird. Das bedeutet, anhand der in der Richtlinie vorgesehenen neuen Berechnungsmethoden die Lärmimmissionen in strategischen Lärmkarten (zunächst für Ballungsräume, Hauptverkehrsstraßen, Haupteisenbahnstrecken und Flughäfen) darzustellen. Bei zu hoher Belastung der Bevölkerung sind Lärminderungspläne aufzustellen. Damit soll der Umgebungslärm wirksam verringert werden.

### **Vor gefährlichen Chemikalien schützen**

Sachsen-Anhalt ist ein wichtiger Chemiestandort. Wir wollen, dass die bestehenden Arbeitsplätze langfristig gesichert bleiben. Dies kann aus unserer Sicht nur dann gewährleistet werden, wenn die neue Chemikalienpolitik auf EU-Ebene auch hier umgesetzt wird.

Diese neue Strategie ist unter dem Namen REACH bekannt. REACH steht für: Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals – Anmeldung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien. Gegen diese Strategie haben die derzeitige Landesregierung und die Industrie wahre Horrorszenarien gezeichnet. Eine neue Studie der renommierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG zeigt nun, dass die Auswirkungen auf die Wirtschaft sehr moderat ausfallen würden. Wir bekennen uns daher eindeutig zu diesem neuen System, das eine Reihe von Verbesserungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher mit sich bringt.

### **Wasserrahmenrichtlinie umsetzen**

Im Mittelpunkt der Wasserpolitik steht derzeit die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Dieses Thema muss in Sachsen-Anhalt entschiedener verfolgt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die zu erstellenden Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme für die Flussgebiete unverzüglich erarbeitet und mit den Managementplänen

für die FFH-Gebiete inhaltlich abgestimmt werden. Die aktive Einbindung der betroffenen Öffentlichkeit hat für uns einen besonders hohen Stellenwert, weswegen wir uns für eine intensivere und offensive Beteiligung der Öffentlichkeit einsetzen.

### **Abwasser dezentral entsorgen**

Im Abwasserbereich gibt es derzeit keine Alternative für die Fortsetzung der Entschuldung der Abwasserzweckverbände. Allerdings muss gleichzeitig auch der Druck auf die Verbände erhöht werden, die immer noch nicht rechtssichere Gebührenbescheide erlassen haben. Solchen und ähnlichen Versäumnissen muss entschiedener entgegen gewirkt werden. Gleichzeitig sollen die bestehenden Strukturen im Abwasserbereich in den nächsten Jahren im Hinblick auf ihre langfristige Tragfähigkeit untersucht werden. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung soll erreicht werden, dass fachlich vertretbare Lösungen weitergeführt, aber ökonomische und ökologische Fehlinvestitionen korrigiert werden, um weitere Kostensteigerungen zu unterbinden. Unter diesen Aspekten sind auch neue Zubringersysteme zu zentralen Kläranlagen kritisch zu hinterfragen. Wir sind der Auffassung, dass dezentrale Anlagen für die Abwasserentsorgung in Sachsen-Anhalt in vielen Fällen wesentlich kostengünstiger und ökologischer arbeiten können.

Wir setzen uns dafür ein, die Ausrichtung der Abwassergebühr an der versiegelten Fläche verbindlich gesetzlich festzuschreiben. Wir wollen im Kommunalabgabengesetz »gespaltene Abwassersatzungen« zwingend vorschreiben. Die Kommunen werden verpflichtet, die Ableitung des echten Abwassers von der des Regenwassers zu trennen. Dies ist gerechter, schafft einen finanziellen Anreiz zu geringerer Versiegelung und beteiligt Großversiegler, wie etwa Einkaufszentren auf der grünen Wiese, angemessen an den Abwassergebühren.

### **Mehr Raum für Flüsse – mehr Schutz für Menschen**

Die Hochwasserkatastrophe 2002 hat nicht nur Schäden in Milliardenhöhe verursacht, sondern auch vielfaches menschliches Leid verursacht. Die Ursache für diese Flut waren zwei kurz aufeinander folgende Starkniederschlagsereignisse. Klimaforscher prognostizieren für die

Zukunft den Anstieg dieser extremen Wetterlagen in der Elberegion. Neben der Zunahme von immer längeren Trockenperioden einerseits, sind andererseits häufigere, überdurchschnittliche Niederschläge sehr wahrscheinlich. Weitere Jahrhunderthochwasser wären die Folge. Die Ursachen für die katastrophalen Auswirkungen von Hochwassern sind indes größtenteils hausgemacht. Neben dem durch Treibhausgase verursachten Klimawandel sind verschiedene Veränderungen der Umwelt mit verantwortlich für das erhöhte Hochwasserrisiko.

Die zunehmende Flächenversiegelung durch Bebauung und neue Verkehrswege verhindert die Versickerung des Wassers. Die Umwandlung von Wiesen in Ackerland, die intensive Bewirtschaftung und die dadurch zunehmende Bodenverdichtung auf Ackerflächen verhindern die Versickerung des Regens und führen zu einem erhöhten Oberflächenabfluss. Das gleiche gilt für den Wald. Monokulturen, anfällig für Waldschäden, und Kahlschlag verstärken diese Entwicklung.

Bäche und Flüsse wurden begradigt, indem Flussschleifen abgetrennt wurden, Ufer wurden geschottert oder betoniert. Das Wasser schießt durch diese Wasserrutschen immer schneller talwärts. Durch die Ausdeichung von 80 bis 85 Prozent der Auen gingen den Flüssen wertvoller Retentionsraum, Speicher für Hochwasser, verloren. Heute stehen der Elbe nur etwa um die 20 Prozent ihrer ehemaligen Auen zur Verfügung: zu wenig Raum für die Wassermassen, die immer höher akkumulieren, weil sie anderswo nicht versickern können, zu wenig Raum für die zu erwartenden Hochwasser der Zukunft.

Die Landesregierung hat bisher nur einseitig agiert und hauptsächlich auf technische Lösungen gesetzt. Sanierung und Bau von Deichen sind von hoher Priorität, bilden aber nur einen Teil der erforderlichen Maßnahmen. Die Landesregierung scheut die Auseinandersetzung mit der Gesamtproblematik Hochwasserschutz. Sie hat seit der Flut 2002 keine relevanten Deichrückverlegungsprojekte beschlossen und auch kein Konzept zum Wiederanschluss von Altarmen oder zur Renaturierung von Auen vorgelegt.

### **Ökologischer Hochwasserschutz**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den vorsorgenden ökologischen Hochwasserschutz ein, der modernen Umweltschutz und den Schutz der Menschen integriert und kombiniert. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der rein ‚technische‘ Hochwasserschutz klare Grenzen hat. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, den viel gepriesenen Vorsatz, den Flüssen mehr Raum zu geben, endlich in die Tat umzusetzen. Nur durch ein Senken der Hochwasserstände wird mehr Sicherheit geschaffen.

Notwendig ist aus unserer Sicht, durch Deichrückverlegungen und Renaturierung von Auen zusätzlichen Retentionsraum zu schaffen. Gesunde Wälder, Wiesen und Auenlandschaften wirken als natürliches Regulativ, indem sie beträchtliche Wassermengen zurückhalten und zwischenspeichern.

Der fortschreitenden Versiegelung der Landschaft muss entgegengewirkt werden. Der Flächenverbrauch muss gestoppt werden, damit das Wasser vor Ort versickern kann. Das Bauverbot für Siedlungen, Gewerbe und Verkehrswege in Überschwemmungsgebieten muss strikt eingehalten werden. Ackerflächen sollen in Dauerwiesen oder Weiden umgewandelt werden. Flächenstilllegungen sollen vorzugsweise in Überschwemmungsgebieten und den Grenzertragslagen der Mittelgebirge erfolgen. Die Ausstattung der Gebäude in gefährdeten Gebieten soll in Zukunft hochwassergerecht erfolgen, so sollten z. B. Gasheizungen im Gegensatz zu Ölheizungen auch in potenziellen Überschwemmungsgebieten obligatorisch werden.

### **Tiere brauchen Rechte**

Tierschutz hat dank zahlreicher Initiativen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen größeren politischen Stellenwert erhalten. Wir haben durch unser beharrliches Eintreten für den Tierschutz bundesweit Verbesserungen erreicht. Diesen Weg wollen wir in Sachsen-Anhalt fortsetzen. Wir setzen uns für einen respektvollen Umgang mit Tieren ein und lehnen unwürdige Zustände bei Haltung, Transport und Schlachtung von Tieren ab. Tierquälerei wollen wir konsequenter verfolgen.

Der erfolgreichen Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz wollen wir mit der Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung entsprechen. Wir werden die bundesweite Einführung des Verbandsklagerechtes für Tierschutzorganisationen unterstützen und für die Einführung der Tierschutzklage auf Landesebene eintreten.

Tierschutz braucht engagierte Menschen, die die Interessen von Tieren vertreten. Dem Tierschutzbeirat des Landes wollen wir größere Bedeutung geben und einen/eine Tierschutzbeauftragten /Tierschutzbeauftragte bei der Landesregierung berufen.

### **Für bessere Bildung und mehr Leistung – Für eine zukunftsfähige Bildungspolitik**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen in der nächsten Legislaturperiode einerseits die vorhandenen Freiräume und Möglichkeiten des jetzigen Schulgesetzes für die kurzfristige Qualitätsentwicklung besser ausnutzen, andererseits die notwendigen und grundlegenden Bildungsreformen in unserem Land zügig angehen. Nach jahrelangem Herumwerkeln am Bildungssystem ist für die anstehenden und überfälligen Reformen die Akzeptanz aller Beteiligten wichtiger denn je. Wir setzen daher auf einen vorbereitenden intensiven Diskussionsprozess zwischen Eltern, Schüler/innen, Lehrer/innen, Politiker/innen und Bildungswissenschaftler/innen. Dieser Prozess kann durch einen Bildungskonvent oder einen »Runden Tisch Bildung« organisiert werden.

Die anstehenden Reformen können nur dann gelingen, wenn klare haushaltspolitische Prioritäten für Bildung auf allen Ebenen gesetzt werden. Investitionen ins Bildungssystem dienen nicht nur jedem Einzelnen, sie zahlen sich auch gesamtgesellschaftlich aus. Frühe Förderung ist der Schlüssel zum Bildungserfolg. Seit vielen Jahren haben wir die Kürzungen im Bereich der Kinderbetreuung kritisiert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben die Volksinitiative »Für die Zukunft unserer Kinder« unterstützt und waren Mitinitiatoren des Volksentscheides gegen das »Kinderförderungsgesetz« der Landesregierung im »Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt«.

Ein wichtiger Grund für Defizite im Bildungssystem liegt in mangelnder frühkindlicher Förderung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen hier ansetzen und allen Kindern gleiche Startchancen in unsere Bildungsgesellschaft ermöglichen. Wir setzen uns daher für ein kostenfreies Vorschuljahr, eine deutliche finanzielle Stärkung dieses Bildungsabschnitts sowie die Ausbildung von Erzieher/innen an Fachhochschulen ein. Um gerade Jungen während dieses wichtigen Reifeprozesses in Kindergarten und Grundschule die Identifikation mit männlichen Vorbildern zu ermöglichen, wollen wir den Männeranteil im Erzieher- und Grundschullehrerberuf deutlich anheben.

Alle Kinder haben das Recht auf gleiche individuelle Förderung von Anfang an – und das unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und frühe Bildungsangebote in der Kindertagesstätte definiert sich für uns vom Kind aus. Die Kita ist der Lern- und Entwicklungsort neben der Familie. Wir wenden uns entschieden gegen alle Kürzungen in diesem Bereich und streben die Gebührenfreiheit an. Im »Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt« arbeiten wir weiterhin aktiv mit. Unser Ziel ist Chancengleichheit, die aus Bildungsgerechtigkeit erwächst, damit Sachsen-Anhalt seinem traurigen Spitzenplatz bei der Verfestigung von sozialer Ausgrenzung entgegenwirkt.

### **Länger gemeinsam lernen**

Unser Ziel ist die acht- oder neunjährige gemeinsame Beschulung, auf die entweder die praktische Ausbildung mit Berufsschule oder die gymnasiale Oberstufe zur Erlangung der Hochschulreife aufbaut. So lange wie möglich sollen alle Kinder gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Wir wollen eine Gemeinschaft der Kinder ermöglichen, in der soziales Verhalten und Teamfähigkeit gefördert werden, ohne dass Begabungen brachliegen und talentierte Kinder sich langweilen. Begabtenförderung und Förderung der Benachteiligten sind zwei gleichermaßen ernst zu nehmende pädagogische Aufgaben.

Wir setzen auf Bündnisse mit allen gesellschaftlichen Kräften, die die Schulstrukturfrage nicht tabuisieren. Die Messlatte für unsere schulpolitischen Ziele sind u.a. die erfolgreichen internationalen Beispiele, wie etwa die Schulsysteme in den skandinavischen Ländern. Dort

ist es gelungen, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft des Kindes abzukoppeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten gleiche Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Herkunft für eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Die Schulen und Lehrer/innen brauchen mehr Gestaltungsspielräume, um Probleme vor Ort lösen zu können. Die Schulen und ihre Lehrer/innen müssen mehr Freiheiten bekommen, den Unterricht inhaltlich wie zeitlich flexibel gestalten zu können. Die Schulen brauchen auch in finanzieller Hinsicht freie Hand, um selbst entscheiden zu können, wofür sie ihr Geld ausgeben. Wir wollen, dass jede Schule, egal ob staatlich oder in freier Trägerschaft, einen festen Betrag pro Kind vom Land bekommt. Regionale oder soziale Besonderheiten sollen dabei berücksichtigt werden. Schulen sollen das Recht auf eine eigene Personalauswahl haben. Die Übernahme des schleswig-holsteinischen Programms »Geld statt Stellen« ist anzustreben. Schulen erhalten darin ein eigenes Personalbudget, um mit Fachleuten ihrer Wahl Unterträge abzuschließen.

### **Niemanden zurücklassen: Vielfalt ist Reichtum**

In Sachsen-Anhalt werden derzeit Zukunftschancen verspielt. Die staatliche Aufgabe, das Recht auf Bildung für alle zu garantieren, gerät in immer schärferen Widerspruch zu dominanten neoliberalen Wirtschaftszielen. Diese Entwicklungen und Bestrebungen verstärken die soziale Verschiedenheit und gefährden in hohem Maße einen gleichen und freien Zugang zu Bildung für alle. Jede Schülerin und jeder Schüler hat individuelle Fähigkeiten. Diese müssen entdeckt und gefördert werden. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns: Keiner soll ohne Abschluss die Schule verlassen.

Wir wollen alle Kinder mitnehmen und keines zurücklassen. Zugehörigkeit ist ein Grundrecht. Der Respekt vor der Individualität der Lernenden und der Umgang mit Heterogenität verlangen neue methodische Instrumente sowie diagnostische und pädagogische Kompetenzen. Die Bildungseinrichtungen sollen sich einer förderorientierten, humanistischen und die Vielfalt behandelnden Philosophie verpflichten. Zugleich müssen sie über die entsprechende Grundausstattung, Kompetenzen und Verfahren verfügen, die Inklusion ermög-

lichen. Entscheidend dabei ist ausreichendes Personal, das sich aus den verschiedenen, dafür notwendigen Professionen zusammensetzt, die im Team zusammen arbeiten.

Freie Schulen sind ein wichtiger Bestandteil der Schullandschaft. In der Vergangenheit haben die Träger bewiesen, dass hier Neues entstehen und ausprobiert werden kann, dass Elternengagement eine Schule attraktiver macht. Mit der Beschulung von Kindern nehmen Freie Schulen eine hoheitliche Aufgabe des Staates wahr. Deshalb müssen Schüler/innen und Lehrpersonal die gleiche staatliche Förderung erhalten. Die Zugangschancen müssen für alle Kinder gleich sein – unabhängig von der ökonomischen Situation der Elternhäuser. Wir werden das Zulassungsverfahren für die Übernahme von Schulen in freie Trägerschaft erleichtern. Es gilt, die staatlichen Schulen finanziell, personell und die Ausstattung betreffend zu stärken und den heutigen Erfordernissen anzupassen.

### **Kinder und Jugendliche sind die Hauptakteure**

Kinder und Jugendliche müssen als handelnde Subjekte im Bildungsprozess verstanden werden, nicht als dessen Objekte. Auch durch entsprechende Partizipationsprozesse muss es gelingen, die Verantwortung für die eigene Bildung von der ersten bis zur letzten Klasse bei allen Schülern zu erhalten und zu entwickeln. Eine erfolgreiche Förderung aller Schüler braucht deren Aktivität. Fördern heißt deshalb Hilfe zur Selbsthilfe (Stärkung der Lernkompetenzen) und organisierte Hilfe durch Mitschüler, die vom Lehrer für diese Aufgabe angeleitet werden. Hier kann an alte Erfahrungen (»Lernpatenschaften«) angeknüpft werden. Bildungs- und Erziehungsprozesse müssen geschlechtergerecht gestaltet werden. Das bezieht sich auf Inhalte und Organisation von Bildungsangeboten, Gestaltung von Materialien, Konzeptionen und Schulprogrammen. Diese Maßnahmen werden wir gesetzlich verankern.

### **Weg von bildungspolitischer Kleinstaaterei**

Auch Sachsen-Anhalt muss sich den Herausforderungen der europäischen Bildungspolitik stellen, d.h.: Umsetzung des Bildungsanspruchs in allen Tageseinrichtungen für Kinder, Halbierung der Zahl der Schul-

verweigerer, Vermittlung von zwei Fremdsprachen für alle Kinder und Jugendlichen, Aufwertung der Erzieher(innen)ausbildung, Harmonisierung der beruflichen Bildung, Neuordnung der Hochschulabschlüsse auf vergleichbarem Niveau, das durchgängige, auch real einlösbare Prinzip lebenslangen Lernens und die Vernetzung formellen, informellen und nicht-formalen Lernens. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden veranlassen, dass die Ziele und Standards des Bildungswesens in Sachsen-Anhalt einheitlich und für das ganze Land verbindlich garantiert werden und sich dabei an europäischen und internationalen Maßstäben orientieren. Dazu sind aus Sachsen-Anhalt Impulse in die Länderkammer zu geben.

### **Umweltbildung**

Der Umweltbildungserlass von Kultusministerium und Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt aus 2001 ist kaum umgesetzt worden. Wir werden eine umweltpädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrer aller Fächer sowie die Qualifizierung der staatlichen Schulaufsicht auf diesem Gebiet initiieren. Die fachübergreifende Zusammenarbeit der Pädagogen zu verschiedenen Umweltthemen muss organisiert werden. Die globalen und regionalen Umweltprobleme müssen fächerübergreifend im Lehrplan verankert werden. Die Ökoschulen müssen in ihrem Bestand gesichert und durch geeignete Rahmenrichtlinien inhaltlich weiterentwickelt werden. Träger von Ökoschulen brauchen vom Land über die Abordnung des Lehrpersonals hinaus angemessene Förderung.

### **Unser Sieben-Punkte-Sofort-Programm**

1. Das Bildungsprogramm »Bildung: elementar« soll an allen Kindertagesstätten des Landes eingeführt und personell unteretzt werden.
2. Wir setzen ein sofortiges Moratorium Schulstandorte an und entwickeln eine neue mittelfristige Schulentwicklungsplanung. Dabei berücksichtigen wir die zukünftige Entwicklung der Schülerzahlen. Wir wollen die Option eröffnen, kleine ländliche Grundschulen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht zuzulassen.
3. Wir wollen das Ganztagsangebot ausbauen. Das nachmittägliche Angebot an Halbtagschulen soll durch die Förderung (über-

wiegend ehrenamtlichen) Einsatzes von Lehrern, Eltern, Schülern und Vertretern der freien Jugendarbeit entsprechend des Schulkonzeptes erweitert werden

4. Wir wollen die Kürzungen der Mittel für das Landesinstitut für Weiterbildung und Schulentwicklung Sachsen-Anhalt (LISA) zur Fort- und Weiterbildung der Pädagogen und der Mittel für die Schulinterne Fortbildung (SCHILF) zurücknehmen.
5. Wir entwickeln ein Landeskonzzept für die Förderung von Hochbegabten mit dem Kernstück der Einrichtung eines Landes-Hochbegabten-Gymnasiums nach dem Vorbild von Niedersachsen und Sachsen neben den bestehenden Landesgymnasien mit fachlichen Schwerpunkten.
6. Wir erstellen ein Landeskonzzept Umweltbildung zur Umsetzung der UN-Dekade »Bildung für eine nachhaltige Entwicklung«.
7. Wir wollen die Arbeitsbereiche Kinder, Jugend und Bildung in einem Ministerium zusammenlegen.

### **Leistungsstarke Hochschulen**

In der Hochschulpolitik war es vergangenen Landesregierungen weder möglich, eine ausreichende Zahl von Studienplätzen, noch gute Forschungsbedingungen zu finanzieren. Stattdessen nahmen sie ständig neue Kürzungsrunden vor, die an die Substanz der Hochschulen gehen und unter anderem dazu führen, dass Wissenschaftler das Land verlassen. Nachwuchsförderung besteht de facto kaum und inzwischen ist ein Großteil der Studienplätze mit Zulassungsbeschränkungen belegt, so dass jährlich tausende Studienbewerber abgewiesen werden müssen. Darüber hinaus sind die Hochschulen von eigenständigen Entscheidungsmöglichkeiten weit entfernt. Wichtige Entscheidungen – wie die Verlagerung von ganzen Fachbereichen oder Forschungsschwerpunkten – werden von der Landesregierung rein nach Einsparmöglichkeiten, nicht jedoch nach wissenschaftlichen Kriterien durchgedrückt. Zudem schließt die jetzige schwarz-gelbe Landesregierung Studiengebühren mittelfristig nicht mehr aus.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten Wissenschaft und Forschung für die Zukunftspfeiler des Landes. Als rohstoffarmes Land müssen wir auf besonders innovative Lösungen und Verfahren setzen, um uns in der globalisierten Welt behaupten zu können. Eine wirtschaftliche

Konsolidierung des Landes kann nicht aufgrund verbauter Autobahnkilometer erreicht werden, sondern durch intellektuelle Infrastruktur.

Von diesen zweckrationalen Wirtschaftserwägungen abgesehen, erfüllt Bildung eine elementar wichtige Funktion in Leben und Persönlichkeit eines Menschen. Nur durch umfangreiche Bildungsmöglichkeiten können sich die Menschen dieses Landes zu kompetenten und mündigen Bürgern entwickeln, die ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können. Nur über das Bildungssystem können soziale Ungleichheiten ausgeglichen werden. Wir werden eine deutliche Steigerung der Bildungsinvestitionen und eine Expansion der Bildungsangebote vornehmen. Wir streben eine bedarfsdeckende Bereitstellung von Studienplätzen an, die sich an den Studienanfängerquoten der skandinavischen Länder orientiert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich gegen Studiengebühren aus und treten für eine bundeseinheitliche Regelung der Lebensunterhaltfinanzierung von Studierenden ein, z.B. analog des 2004 von der Heinrich-Böll-Stiftung vorgeschlagenen Modells eines Studentensalärs. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich gegen Bemühungen, Bildungschancen junger Menschen durch aussondernde Auswahlmechanismen an den Hochschulen zu vereiteln. Stattdessen wollen wir, dass endlich der Studieneingangsphase als wichtiger Übergangsphase mehr Aufmerksamkeit an den Schulen und den Hochschulen gewidmet wird, um so junge Menschen umfassend über ihre Möglichkeiten zu informieren und bei der Studienfachwahl zu beraten. Wir unterstützen Forderungen nach einem Sonderprogramm, um negative Folgen für die Abiturienten des doppelten Jahrganges 2007 zu verhindern. Diese Jugendlichen haben das Recht darauf, dass die Landesregierung, die die Verkürzung des Abiturs verantwortet, sich auch um die Folgen kümmert. Dies bedeutet, dass schnellstmöglich eine ausreichende Zahl von Studienplätzen ausfinanziert werden muss. Langfristig sollte sogar ein leichtes Überangebot vorhanden sein, um ein wirkliches Auswahlrecht für die Studienanfänger zu realisieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich nachdrücklich für den Neubau eines Geisteswissenschaftlichen Zentrums der Universität Halle am Standort »Spitze« in Halle einsetzen.

Auch für die Forschung fordern wir die schnellstmögliche Steigerung der Finanzmittel, um wieder eine aktive Nachwuchsförderung betreiben und die von den Hochschulen ausgewählten Forschungsschwerpunkte stärken zu können. Dieses Land braucht eine deutliche Steigerung der Forschungsförderung. Dazu gehört auch die offensive Einwerbung von Drittmitteln.

Wenn man jungen Menschen im Land eine gute Hochschulausbildung statt eines Schmalspurstudiums bieten will, bedeutet dies, dass es deutlich teurer wird. Denn Studiengänge (Bachelor und Master) erfordern mehr Betreuung durch wissenschaftliches Personal und bedeuten einen erhöhten Verwaltungsaufwand.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen hinter der Einführung der gestuften Abschlüsse und begrüßen die Chancen, die sich mit diesen bieten – solange nicht zu Lasten der Studierenden gespart wird. In diesem Zusammenhang sollten auch Anstrengungen unternommen werden, die Hochschulen in Sachsen-Anhalt für internationale Studierende interessanter zu machen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen die Promotion als erste Phase wissenschaftlichen Arbeitens mit allen entsprechenden Rechten. Wir sehen in der Juniorprofessur den geeigneten Weg zur Professur und werden eine Bundesratsinitiative des Landes zur Beendigung der lebensfremden Befristungsregeln im Hochschulrahmengesetz organisieren. Vielmehr ist ein eigener Wissenschaftstarifvertrag das Mittel der Wahl. Nicht zuletzt setzen wir uns für einen modernen Umgang mit dem mit staatlichen Geldern erforschten Wissen ein. Dieses gehört der Allgemeinheit und sollte frei verfügbar sein. Wir unterstützen also nachdrücklich Open-Access-Initiativen.

Wir wollen die autonome, eigenverantwortliche und personalautonome Hochschule – und das nicht nur als Lippenbekenntnis zur Kaschierung weiterer Kürzungen, wie es derzeit die Landesregierung tut.

### **Für lebendige Kulturangebote**

Kultur ist ein zentrales Anliegen bündnisgrüner Politik. Kunst und Kultur setzen Kreativität und Phantasie frei, regen zur Auseinander-

setzung mit Geschichte, Tradition und neuen ungewöhnlichen Ausdrucksformen an und fördern die Offenheit aller Sinne. Kunst und Kultur bringen Menschen unterschiedlichster Herkunft miteinander in Beziehung, schaffen öffentliche Dialoge, fördern die Bereitschaft zu Toleranz und gesellschaftlichem Engagement.

Die bestehende Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt mit vier Weltkulturerbestätten, traditionsreichen Festspielen und Theatern, Museen und Bibliotheken ruht auf einem guten Fundament, das erhalten und weiterentwickelt werden muss. Kultur muss für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein, denn sie lebt von der Teilnahme und dem unterstützenden Engagement breiter Kreise der Bevölkerung und auch ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen. Dafür ist eine breite, regional ausgewogene Infrastruktur kultureller Einrichtungen erforderlich.

Nach der Veröffentlichung des so genannten Landeskulturkonzeptes ist zu befürchten, dass sich die Landesregierung aus der Förderung der Kulturangebote mehr und mehr zurückzieht. Bei der derzeitigen Haushaltslage des Landes und der Kommunen stünde damit ein drastischer Einschnitt sowohl in der Qualität als auch in der Quantität des Kulturangebotes bevor. Fast überall wird bei Kinos, Bibliotheken, Museen und Theatern gespart. Eine solche Politik bedroht die kulturelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger und die kulturelle Identität der gesamten Region.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die finanzielle Stärkung des Landes und der Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Kulturaufgaben ein. Wir werden auch das ehrenamtliche Engagement in allen Bereichen der Kultur fördern. Zur Sicherung von Bibliotheken streben wir eine Zuordnung dieser Einrichtungen im Bildungsbereich an, um sie so den kommunalen Pflichtaufgaben zuzuordnen. Die Förderung von Kunst und Kultur ist gleichbedeutend mit der Förderung des Standortes Sachsen-Anhalt. Eine gesunde Kulturlandschaft beeinflusst auch positiv die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und zahlt sich ökonomisch aus.

### **Sport in einer bewegten Gesellschaft**

Wir setzen uns für bessere Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung ein. Der Breitensport spielt eine maßgebliche Rolle, um die sozia-

le Integration und die Gesundheitsprävention zu stärken. Dabei wollen wir die Prinzipien der Ökologie, Nachhaltigkeit und der demographischen Entwicklung beachten. Miteinander gewinnen und verlieren können und in Gemeinschaft Sport treiben sind neben der Gesundheitsprävention wichtige Erfahrungen in allen Altersgruppen, die Zivilgesellschaft und bürgerliches Engagement festigen. Ehrenamtliches Engagement im Sport wollen wir fördern. Durch den Sport werden weltweit Brücken gebaut und Verbindungen geknüpft. Er ist daher ein besonders geeignetes Mittel in der internationalen Zusammenarbeit, um zu mehr Kulturaustausch und Völkerverständigung zu kommen.

Wir fordern einen »sauberen«, das heißt dopingfreien und fairen Spitzensport. Wir wollen die Möglichkeiten, die die Fußball-WM 2006 und weitere Sportgroßveranstaltungen in unserem Land bieten, dafür nutzen, um deutlich zu machen, dass Sachsen-Anhalt ein modernes, weltoffenes und sportfreundliches Bundesland ist.

## **Ökologisch mobil – Für eine umweltverträgliche Verkehrspolitik**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Verkehrspolitik, die allen Menschen die Mobilität sichert. Mobilität ist ein Bedürfnis nach Bewegungsfreiheit. Sie ist die Grundbedingung für wirtschaftliche und soziale Teilhabe. Zugleich beeinträchtigt der entstehende Verkehr jedoch die Lebensqualität in Stadt und Land durch Lärm, Staus, Schäden an Gebäuden, Unfälle sowie Umwelt- und Klimaschäden.

Die Sicherung von Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger bedeutet für uns insbesondere auch, dass benachteiligten Bevölkerungsgruppen durch spezielle Maßnahmen Wege zur Teilhabe an der Mobilität und damit am öffentlichen Leben eröffnet werden. Dies betrifft sowohl die barrierefreie Zugänglichkeit von Verkehrsmitteln und Verkehrswegen, die Erreichbarkeit von Zielen mit kurzen Wegen und gute öffentliche Verkehrsangebote.

Künftig muss die Verkehrspolitik die strukturelle Situation des Landes mit dem tief greifenden Wandel in der Bevölkerungsentwicklung reflektieren. Alle verkehrspolitischen Maßnahmen müssen hinterfragt

werden, inwiefern sie auch durch einen künftigen Bedarf abgedeckt sind. Prüfungsmaßstab muss dabei sein, welche Maßnahmen zur Entwicklung eines langfristig tragfähigen Verkehrssystems erforderlich sind, das den Kriterien nachhaltiger Mobilität entspricht.

### **Strategisches Konzept für den Straßenbau**

In den letzten 15 Jahren wurde das Straßennetz in Sachsen-Anhalt einem umfangreichen Ausbau unterzogen. Die lokalen Verbindungen befinden sich größtenteils in einem guten Zustand, überregionale Verbindungen (z.B. A14, B6n, A38) wurden neu geschaffen bzw. erheblich verbessert. Jedoch wurde der Straßenbau vor allem nach Wunschkategorien betrieben und orientiert sich noch viel zu wenig am tatsächlichen Bedarf insbesondere im Kontext der Bevölkerungsentwicklung. Dafür bestehen bei der Straßeninstandhaltung weiterhin Defizite, etwa im Landesstraßennetz.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt der Straßenverkehr insbesondere im ländlichen Raum einen unverzichtbaren Bestandteil des Verkehrssystems dar. Neben der notwendigen ständigen Verbesserung der Kraftfahrzeugtechnik sehen wir die Notwendigkeit, künftige Ausbaumaßnahmen im Kontext der o. g. Bevölkerungsentwicklung zu prüfen. Wir fordern eine Bedarfsermittlung innerhalb eines verkehrsträgerübergreifenden strategischen planerischen Konzeptes. Angesichts der knapper werdenden Mittel muss künftig Erhalt vor Aus- und Neubau stehen.

Aufgrund des Fortschritts der Planungen sehen wir die Umsetzung der A14-Nordverlängerung, für die wir keinen ausreichenden Bedarf sehen, als gegeben an. Neben der notwendigen Wahl der ökologisch am wenigsten schädlichen Trasse ist es für uns wichtig, dass für die Altmark insgesamt ein Mobilitätsplan entwickelt wird. Insbesondere die Qualifizierung des Angebotes im öffentlichen Nahverkehr ist für uns dabei ein wichtiger Baustein.

**Projekt »Null Verkehrstote«**

Trotz rückläufiger Unfallzahlen ist die Zahl der Opfer im Straßenverkehr immer noch viel zu hoch. In Sachsen-Anhalt sterben wie in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bezogen auf die Einwohnerzahl deutschlandweit die meisten Personen bei Verkehrsunfällen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen das Projekt »Vision Zero« des Verkehrsclubs Deutschland (VCD). Vision Zero zeigt Handlungsfelder bei allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzungen, beim Fahrzeugbau, beim Straßenbau und bei einer zur Mobilitätserziehung veränderten Verkehrserziehung auf. Auf Landesebene wollen wir uns auf die dort beeinflussbaren Fragen eines stärker unfallvermeidenden Straßenbaus und auf die Ausweisung ortsspezifisch angepasster Geschwindigkeitsbegrenzungen konzentrieren. Außerdem soll die vom Land bereits begonnene Mobilitätserziehung verstärkt und ausgeweitet werden.

**Öffentliche Verkehrsmittel attraktiv und bedarfsgerecht gestalten**

Der Öffentliche Nahverkehr in Sachsen-Anhalt hat heute eine sehr unterschiedliche Qualität. Während im Nahverkehr der großen Städte und im Schienenverkehr größtenteils eine gute Angebotsqualität besteht, gibt es in vielen Landkreisen nur noch ein Grundangebot, das vor allem dem Schülerverkehr dient. Einige Mittelstädte wie z. B. Wernigerode oder Sangerhausen verfügen über vorbildliche Stadtbussysteme, andere wie z. B. Aschersleben bieten ihren Bürgern so gut wie keine Fahrtmöglichkeiten. Noch immer besteht in großen Teilen des Landes kein Verkehrsverbund mit einheitlichen Tarifen und abgestimmten Fahrplänen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine konsequente Förderung der Öffentlichen Verkehrsmittel, um diese zu als attraktive Alternative zum Auto vorzuhalten. Vor dem Hintergrund der Strukturumbrüche müssen die Öffentlichen Verkehrsmittel jedoch weiterentwickelt werden. Während im ländlichen Raum künftig auch attraktive alternative Bedienformen wie z.B. Rufbusse im Vordergrund stehen, muss der Schienenverkehr als Verbindung zwischen den Zentren weiter verbessert werden. Dies betrifft auch den überregionalen Verkehr zu den Knotenpunkten der benachbarten Bundesländer.

Die von der Landesregierung eingeleitete Offensive für alternative Bedienformen geht noch nicht weit genug, weil sie keine qualitativen Maßstäbe setzt. Die an sich richtige Umstellung von Linienverkehren auf z. B. Rufbusse kann nur dann erfolgreich sein, wenn das Angebot dabei auch verbessert wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich für die Finanzierung solcher Maßnahmen einsetzen.

Im Raum Halle/Leipzig besteht bereits ein Verkehrsverbund, in dem Fahrplanabstimmung vollzogen ist und einheitliche Tarife umgesetzt werden. In der Region Anhalt und in Magdeburg existieren Tarifkooperationen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dringen darauf, für den übrigen Teil des Landes so rasch wie möglich ebenfalls Verbundstrukturen aufzubauen und dafür den Landkreisen die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

### **Projekt Innovationen im ÖPNV**

Wie im Schienenverkehr bereits durchgesetzt, sind auch im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wettbewerbliche Strukturen einzuführen. Insbesondere die bislang überwiegend landkreiseigenen Unternehmen sind bei ihrer Ausrichtung auf den Wettbewerb zu unterstützen.

Da die Deutsche Bahn AG offenbar nicht zu einer Sanierung der Nebenstrecken bereit und in der Lage ist, schlagen wir vor, diese in Landesverantwortung zu übernehmen und z. T. mit Landesmitteln zu sanieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Programm zur Modernisierung des Nahverkehrs. Dies bezieht sich auf moderne Kommunikationstechnologien zur Anschlussabstimmung und -sicherung einerseits und auf einfache Lösungen des elektronischen Ticketings andererseits.

### **Schieneinfrastruktur sichern**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten daher dafür ein, dass die Verantwortung für die Weiterentwicklung der regionalen Netze an das Land übergeben wird. Dafür ist durch den Bund ein angemessener Teil der für die Schienenwege zur Verfügung stehenden Mittel an die Länder auszureichen. Ob die regionalen Netze in direktes Landeseigentum übergehen oder Kooperationsmodelle mit privaten Unternehmen gesucht werden, ist gesondert zu prüfen.

Wir setzen uns vehement dafür ein, die Anbindung der Mittel- und Oberzentren an den Fernverkehr zu erhalten bzw. wiederherzustellen und auszubauen. Die entstandenen oder noch entstehenden Lücken sind ggf. durch im Wettbewerb vergebene Schienenpersonennahverkehr (SPNV)-Leistungen zu ersetzen, die eine Anbindung mindestens bis zu den benachbarten Oberzentren sicherstellen.

### **Güterverkehr auf die Schiene konzentrieren**

Während die Bedingungen für den Gütertransport auf der Straße in den vergangenen Jahren erheblich verbessert werden konnten, wurden jene für den Verkehr auf der Schiene immer ungünstiger. Viele Anschlussgleise wurden in der letzten Zeit stillgelegt und wichtige Routen aus dem Netz genommen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, den Güterverkehr auf die Schiene zu konzentrieren. Die LKW-Maut als verursachergerechtes Steuerungs- und Finanzierungsinstrument soll weiter entwickelt werden. Dies betrifft insbesondere die Ausweitung auf ausgewählte Bundesstraßen, die als Umgehungsrouten benutzt werden (z. B. Magdeburger Ring).

Das von der Landesregierung aufgelegte Programm zur Förderung von Anschlussgleisen soll ausgeweitet werden. Dazu gehören jedoch auch konzeptionelle Vorstellungen des Landes, wie insgesamt mehr Güterverkehr auf der Schiene stimuliert werden kann, wenn sich die DB AG Schritt für Schritt aus dem Güterverkehr zurückzieht und letztlich nur noch Ganzzugverkehre durchführt.

### **Güterschifffahrt an natürlichen Potenzialen orientieren**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass sich die Güterschifffahrt auf Elbe und Saale an den natürlichen Potenzialen der Flüsse orientieren muss. Sie ist nur dann ein relativ umweltfreundliches Verkehrsmittel, wenn die Flüsse nicht durch weitere Baumaßnahmen zerstört werden. Die verschärfte Unterhaltung oder den Ausbau der Elbe lehnen wir ab.

Die Bedeutung der Elbe als Wasserstraße nimmt seit 1913 kontinuierlich ab. 1989 wurden noch 9,5 Millionen Tonnen pro Jahr transportiert, heute sind es noch ca. eine Million. Diese Menge kann von zwei Güterzügen, die täglich von Hamburg nach Prag und wieder zurückfahren, übernommen werden.

Trotz der 100 Millionen Euro, die seit 1995 zur Verbesserung der Fahrbedingungen der Elbe aufgewendet wurden, fahren immer weniger Schiffe. Grund: Es ist keine sichere, ganzjährige Befahrbarkeit der Elbe gewährleistet – eine unverzichtbare Voraussetzung für einen modernen Verkehrsträger. Diese Situation kann sich in Zukunft noch verschärfen. Studien zeigen, dass Dauer und Häufigkeit von Niedrigwasserperioden zunehmen werden. Hingegen kann der Güterschiffsverkehr in Ost-West-Richtung über die 2003 fertig gestellte Trogbücke bei Magdeburg die Elbe unabhängig von ihren Wasserständen überqueren. Um die Bedingungen für die Güterschifffahrt zu verbessern, müssen die logistischen Abläufe in den Häfen und die Schifffahrt auf den bereits ausgebauten Wasserwegen, wie Mittellandkanal und Elbe-Havel-Kanal, weiter optimiert werden.

Die Sohlerosion der Elbe, maßgeblich verursacht durch Flussbauwerke, hat jetzt schon bedrohliche Auswirkungen. Der Fluss gräbt sich immer tiefer in sein Bett, der Wasserspiegel fällt, Auen fallen trocken. Das Biosphärenreservat und das UNESCO Welterbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich sind gefährdet.

### **Verkehrskonzept für die Elbe**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dringen auf ein umfassendes Verkehrskonzept für den Elbekorridor, das die verschiedenen Verkehrsträger, deren Nutzen und deren ökonomische und ökologische Kosten einbezieht. Nur an Hand eines verkehrsträgerübergreifenden planerischen Konzeptes können die zur Verfügung stehenden Finanzen sinnvoll eingesetzt werden.

Die Elbe in Sachsen-Anhalt, der letzte naturnahe, große Strom in Deutschland, ist eine Attraktion, die immer mehr Touristen und Erholungssuchende anzieht. Das UNESCO-Welterbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich und das Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe sind ein wichtiges wirtschaftliches Potenzial für Sachsen-Anhalt. Beide sind direkt von einer lebendigen Elbe abhängig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den zügigen Bau der Niedrigwasserschleuse beim Hafen Magdeburg ein. Dadurch wird der Ha-

fen ganzjährig an das Kanalsystem angeschlossen und ist unabhängig von den niedrigen Wasserständen der Elbe.

Wir lehnen den Bau des Saale-Kanals als unsinnige Fehlinvestition und Verschwendung von Steuergeldern ab. Der Kanal wird die Schifffahrt auf der Saale nicht nennenswert beleben, denn die Schiffe müssen auch durch die wasserstandsunsichere Elbe. Den Saale-Kanal zu planen, heißt den Ausbau der Elbe in Kauf zu nehmen und die größten Auenwälder Mitteleuropas zu vernichten.

Die traditionellen Gierseilfähren an Elbe und Saale sind umweltfreundliche Verkehrsmittel und eine touristische Attraktionen. Sie sollen unbedingt erhalten werden.

### **Förderprogramme für Fuß- und Radverkehr**

Fuß- und Radverkehr sind die umweltfreundlichsten Fortbewegungsmöglichkeiten. Wo eine vergleichsweise gute Radverkehrsinfrastruktur vorhanden ist, wie im anhaltischen Raum oder in Magdeburg, steigt der Anteil der mit dem Rad zurückgelegten Wege weiterhin an. Dazu trägt auch die kostenlose Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr des gesamten Landes und in den Bussen und Bahnen des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes bei.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine umfangreiche Förderung des Fuß- und Radverkehrs ein. Ein Masterplan für Sachsen-Anhalt soll strategische Bestandteile eines landesweiten Radverkehrsnetzes vorgeben, die dann kostensparend bei Straßenbaumaßnahmen umgesetzt werden. Insbesondere ist hier die Schaffung von zwischengemeindlichen Verbindungen in den neuen Verwaltungsgemeinschaften zu fördern. Wir treten dafür ein, dass im Rahmen eines Landespilotprogramms im Umfeld der Hauptbahnhöfe von Magdeburg, Halle (Saale) und Dessau die Errichtung von Fahrradstationen gefördert wird. Nach einer Testphase ist die Ausweitung auf andere Orte mit einem entsprechenden Potenzial zu prüfen. Beim Radverkehr drängen wir auf eine Ausweitung der unkomplizierten Fahrradmitnahme auf alle öffentlichen Verkehrsmittel inklusive des Fernverkehrs der Bahn. Um die Aufenthaltsqualität in den Orten zu verbessern, regen wir ein Förderprogramm zur fußgängerfreundlichen Umgestaltung der Zentren an.

### **Mittel auf Flughafen Leipzig-Halle konzentrieren**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine realistische Abwägung der positiven und negativen Seiten des Flugverkehrs. Unter der Annahme, dass der innerdeutsche Verkehr hauptsächlich auf Schiene und Straße abgewickelt wird, besteht aus unserer Sicht in Sachsen-Anhalt Bedarf für nur einen Flughafen. Hier existiert mit dem Flughafen Leipzig/Halle bereits ein hervorragend ausgebauter und gut erschlossener Standort, in den bereits umfangreiche Landesfördermittel geflossen sind.

Wir begrüßen die Ansiedlung von DHL am Flughafen Halle-Leipzig. Doch zur dauerhaften Akzeptanz solcher Ansiedlungen und der damit verbundenen Nachtflüge ist ein nachhaltiger Lärmschutz unbedingt erforderlich – aktiv durch über die bislang geltenden gesetzlichen Vorgaben hinaus geltende Vorschriften bzw. Vereinbarungen, so dass nur lärmarme Maschinen für die Nachtflüge eingesetzt werden können; passiv durch ergänzende Schallschutzmaßnahmen im Bereich der Einflugschneisen. Gemeinsam mit den Grünen im europäischen Parlament werden wir uns darüber hinaus für ein europaweites Nachtflugverbot einsetzen.

Auch zur Stärkung des Standortes Flughafen Leipzig-Halle fordern wir eine konsequente Konzentration der Fördermittel. Damit schließen sich weitere Förderungen der Flughäfen und -plätze in Magdeburg und Cochstedt aus. Im Gegenzug ergibt sich jedoch die Bedingung, den Flughafen Halle/Leipzig besser in den öffentlichen Verkehr für die Regionen in Sachsen-Anhalt zu integrieren.

## **Eine starke Stimme für den Verbraucherschutz**

### **Verbraucherpolitik als Querschnittsaufgabe**

Verbraucherpolitik ist heute eine Querschnittsaufgabe, die weit über ernährungspolitische Aufgaben hinausgeht, denn sie ist eben auch Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitspolitik, Umwelt- sowie Bildungspolitik. Diesem Sachstand tragen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rechnung, indem wir die Belange des Verbraucherschutzes in alle Themenfelder unseres Wahlprogramms integriert haben. Beispielhaft sei unser Engagement für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, für eine

transparente Produktion von gesunden Lebensmitteln, für übersichtliche Preis- und Tarifstrukturen beim ÖPNV, für mehr Kostentransparenz bei den Energiepreisen, für die Stärkung der Fahrgastrechte der Bahnkunden, beim Chemikalienrecht (REACH), der Schuldnerberatung oder beim Jugendschutz (Handykosten etc.) genannt.

Mindestens ebenso wichtig ist, dass Information für jeden und jede, für Alt und Jung und für alle Bildungsschichten leicht zugänglich und verständlich ist. Unsere Politik orientiert sich daran, dass jeder einen Zugang zu Leistungen der Grundversorgung wie gesunde Lebensmittel, nachhaltige Energieversorgung, Girokonto, zuverlässigem Personenverkehr und modernen Kommunikationsmitteln haben soll.

Wir nehmen Unternehmen in die Verantwortung und zeigen Wege auf, wie sie Verbraucherorientierung zum Standortvorteil machen können und wie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung auch international zum Wettbewerbsvorteil wird. Eine aktive Verbraucherpolitik unterstützt die Wirtschaft in ihrer Zukunftsfähigkeit.

Es muss weiterhin möglich sein, Musik für private Zwecke zu kopieren oder Filme aus dem Fernsehen aufzunehmen. Wir setzen uns für eine gerechte Balance zwischen den Interessen von Verbrauchern, Urhebern und Verwertern ein.

### **Verbraucherrechte schützen und stärken**

Verbraucherschutz hat nicht nur bei der jetzigen Landesregierung einen untergeordneten Stellenwert. Auch bundesweit finden sich nur noch in fünf Ländern eigene Verbraucherschutzministerien. Zurückgehende Zuschüsse für die Verbraucherberatungsstellen oder die Zersplitterung der Zuständigkeiten des Verbraucherschutzes in die Verantwortlichkeiten vieler Ministerien unterstreichen dies. Nicht zuletzt geben Slogans wie »Vorfahrt für Arbeit« einseitig wirtschaftlichen Belangen Vorrang vor dem Schutz sowie transparenter Information der Bürgerschaft. In einer aktuellen Untersuchung der Verbraucherzentrale wurden deutschlandweit erhebliche Lücken aufgezeigt. Besonders wird eine aktive Politik der Bundesländer als maßgebend angesehen.

Leider ist fast überall die personelle und finanzielle Ausstattung von Kontrollbehörden und Verbraucherzentralen unzureichend.

Die Marktmechanismen allein werden einen umfassenden Verbraucherschutz nicht ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden daher Informations- und Beratungsangebote verstärkt fördern.

Ökologische Verantwortung und Stärkung der Verbraucherrechte sind zentrale Elemente der Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Verbraucherschutz bedeutet, dass schon im Vorfeld darauf geachtet wird, mögliche Gefahren für Gesundheit, Sicherheit und wirtschaftliche Belange zu vermeiden.

### **Verbraucherschutz als Ressort**

Wir plädieren dafür, die Finanzausstattung der Verbraucherzentralen in Sachsen-Anhalt zu verstetigen. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil der Verbraucherinformation und der Interessenvertretung von Bürgerinnen und Bürger. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wollen wir das Angebot der Verbraucherzentralen aufrechterhalten.

Wir streben an, alle Belange des Verbraucherschutzes in einem Ministerium zusammenzuführen. Analog zu den Erfahrungen auf Bundesebene und in anderen Bundesländern ist es dringend geboten, die Aufgaben des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt um eine Abteilung Verbraucherschutz zu erweitern.

## **Bürgerrechte stärken**

### **Für eine offene Gesellschaft mit demokratischer Teilhabe**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für einen konsequenten Paradigmenwechsel im Selbstverständnis von Verwaltung vom Hoheitsträger zum Partner und Dienstleister des Bürgers. Das Internet und die neuen Medien insgesamt können dabei als Kommunikationsinstrument zwischen Bürgern, Wirtschaft und Behörde wertvolle Dienste leisten. Der Anspruch an eine moderne Verwaltung beinhaltet, dass standardisier-

te Dienstleistungen (eGovernment) jederzeit zur Verfügung stehen und ohne Wartezeiten online abrufbar sind. Hier besteht bei Kommunen und Landesverwaltungen noch erheblicher Ausbaubedarf.

### **Für eine konsequente Verwaltungsreform**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Verwaltung ihre Strukturen und Systeme primär auf die Nachfrage ihrer Abnehmer (der Kundinnen und Kunden) einstellt und ausgehend davon ihre Prozesse neu strukturieren muss. Flache Hierarchien, ein Dienstrecht, das für motiviertes Personal Anreize schafft sowie die Reduzierung des Beamtentums sind Eckpunkte einer echten Verwaltungsreform. Wir wollen einen Wandel hin zur »lernenden Organisation«, die aktive Überwindung der Reformresistenz von Hierarchieebenen und ein Umdenken der Mitarbeiter in Richtung Kostenbewusstsein und Kundenorientierung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein umfassendes elektronisches Dienstleistungsangebot der Landesverwaltung ein (eGovernment). Durch die Kommunikation sollen Bürger, Unternehmen, Wissenschaft und Kommunalverwaltungen in der Lage sein, die Dienstleistungsangebote schneller und kostengünstiger in Anspruch zu nehmen.

### **Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden erhalten**

Auf keiner Ebene des politischen Systems ist der Kontakt zwischen Bürgern und politischen Akteuren so unmittelbar und die Möglichkeit zur direkten Mitgestaltung so groß wie in den Kommunen. Viele Menschen engagieren sich in Ortsverbänden oder Bürgerinitiativen. Doch selten waren die Bedingungen für Kommunalpolitik so schwierig wie heute. Die am 1. Januar 2004 in Kraft getretene Gemeindefinanzreform geht den Städten und Gemeinden nicht weit genug. Die Ausgaben steigen trotzdem, weil Bund und Länder den Kommunen immer neue Aufgaben zuweisen.

Doch auch die demographischen Veränderungen erfordern grundlegende Überlegungen für nahezu alle Gemeinden, Städte und Landkreise unseres Landes. In fast allen Regionen des Landes wird die

Einwohnerzahl in den nächsten Jahren teilweise dramatisch zurückgehen. Die Kommunen müssen sich darauf einstellen, dass nicht Wachstum ihre künftige Entwicklung bestimmt, sondern Schrumpfungsprozesse, die kreative Ideen des partiellen Umbaus und des sektoralen Rückbaus brauchen.

Wir sind für die konsequente Umsetzung des Prinzips der Konnexität, bei dem mit einer Aufgabenzuweisung an die Städte gleichzeitig auch eine möglichst exakte Geldmittelzuweisung stattfindet. Kommunen können bei der Wahrnehmung und Erledigung von Aufgaben private Partner aus der Wirtschaft hinzuziehen (sog. Public-Private-Partnership (PPP)-Modelle). Der bisherige Ansatz der Allzuständigkeit der Gemeinden mit ihren Gemeinderäten steht damit vor neuen Herausforderungen. PPP-Modelle können ein Instrument zur Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung und zur Effizienzsteigerung sein.

### **Gesellschaftliche Willensbildung stärken**

Nur mit den Möglichkeiten einer breiten Bevölkerungsbeteiligung kann der leider zunehmenden Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden. Wir wenden uns daher gegen die Absicht der Landesregierung, im Rahmen der Gesetzgebung zur Fortentwicklung des Kommunalverfassungsrechts den Paragraphen 24a Gemeindeverordnung bzw. den Paragraphen 17a Landkreisordnung, die die Bildung von Bürgerinitiativen regeln, aufzuheben. Diese Regelung förderte bisher die gesellschaftliche Willensbildung und unterstützt die Entscheidungsfindung vor Ort. Die Streichung derselben führt zum Abbau lebendiger (partizipierender) Demokratie und untergräbt die immer wieder erhobene Forderung nach bürgerlichem Engagement.

### **Für eine konsequente Gebietsreform**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in dem verabschiedeten Kommunalneugliederungs-Grundsatzgesetz (KomNeuglGrG) keinen langfristigen Lösungsansatz für die dringend notwendige kommunale Neustrukturierung im Land. Weder von der vorgesehen Fläche noch von der Einwohnerzahl stellt das Gesetz eine Grundlage zur Lösung der Strukturprobleme dar.

Nach der Landtagswahl 2006 streben wir keine Aufhebung, aber eine wesentliche Verbesserung und Ergänzung des Kommunalneugliederungsgesetzes an. Vor dem Hintergrund zurückgehender Einwohnerzahlen und schrumpfender finanzieller Spielräume bieten vergrößerte Landkreise eine Möglichkeit, die Verwaltungshaushalte zu entlasten und Regionen zu entwickeln. Dabei müssen die Strukturen so gewählt werden, dass einerseits eine ausreichend große Einwohnerzahl die Leistungskraft der neu zu schaffenden Landkreise garantiert und dass andererseits eine bestmögliche Bürgernähe erreicht werden kann. Das Finanzausgleichgesetz (FAG) ist dahingehend zu ändern, dass Finanzausweisungen zukünftig nicht an die Kreisfreiheit, sondern an die oberzentrale Funktion der Stadt gebunden sind.

Wir dringen darauf, die Stadt-Umland-Problematik zu lösen. Sie bedarf nicht nur bei den Oberzentren Halle, Magdeburg und Dessau besonderer Beachtung, sondern auch in den Mittelzentren etwa der Altmark oder des Harz-Vorlandes. In besonders betroffenen Städten werden Eingemeindungen eng verflochtener Umlandgemeinden zwingend notwendig sein. Voraussetzung sind verbindliche und transparente raumordnerische Rahmenbedingungen. Die Bildung von Zweckverbänden, wie sie im KomNeuglGrG vorgesehen ist, halten wir für keinen geeigneten Weg zur Lösung des Stadt-Umland-Problems.

### **Für eine konsequente Kommunalreform**

Wir setzen uns dafür ein, die Kommunalreform wie ursprünglich vorgesehen als Gebiets- und Funktionalreform anzugehen. Eine Kommunalreform, die diesen Namen auch verdient, hat nicht nur Landkreise zusammenzulegen, sondern Funktion und Aufgaben der Organe des Landkreises (Landrat und Kreistag) neu zu beschreiben.

Der Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene kommt große Bedeutung zu. Eine Funktionalreform muss die Zuständigkeiten von obersten, oberen und unteren Instanzen in vergrößerten Landkreisen neu regeln. Um kommunale Selbstverwaltung zu stärken, ist die Zuständigkeit von Städten und Gemeinden (auch Verwaltungsgemeinschaften) zu verbreitern, soweit nicht übergeordnete Gesichtspunkte dagegen sprechen. Eine Novellierung der Gemeinde- und der Landkreisordnung ist zwingend erforderlich. Dabei ist das Instrument

berufener Bürger in Gemeinde- und Stadträten sowie in Kreistagen verbindlich einzuführen.

### **Sicherheit rechtsstaatlich gestalten**

Es ist Aufgabe des Staates, die Bürgerinnen und Bürger vor Terroranschlägen, Kriminalität und Gewalt zu schützen. Die von der Union betriebene Aufrüstung der inneren Sicherheit lehnen wir ab. Die föderale Struktur der Sicherheitsbehörden hat sich bewährt. Gleichwohl muss die Zusammenarbeit der Behörden des Bundes ebenso wie die Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessert werden. Dies hat unter strikter Beibehaltung der Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten zu geschehen. Wir lehnen eine Grundgesetzänderung zum Einsatz der Bundeswehr im Innern ab. Die Gefahrenabwehr ist Ländersache und damit Aufgabe der Polizei. Auch ein Hintertreiben des staatlichen Gewaltmonopols durch eine schleichende Privatisierung öffentlicher Ordnung lehnen wir ab.

Wir plädieren dafür, die Änderungen des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG) in Bezug auf die geregelte Rasterfahndung zu ändern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben erhebliche Bedenken gegen die in Paragraph 31 des SOG geregelte Rasterfahndung. Mit den 2003 durch die Landesregierung eingeführten Änderungen wurden die Schwellen für eine Rasterfahndung deutlich gesenkt, obgleich hier ganz erheblich in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingegriffen wurde. Wir setzen uns dafür ein, dass polizeiliches Handeln zukünftig wieder durch Richter kontrolliert wird (Wiedereinführung des Richtervorbehalts).

Wir wollen der Wirtschaftskriminalität wirksamer begegnen. Jedes Jahr wird die Gemeinschaft durch Korruption und Verschwendung finanzieller Ressourcen im öffentlichen wie privaten Bereich in Milliardenhöhe geschädigt. Dem muss durch Transparenz und verantwortungsvollere Kontrolle, aber auch mit strafrechtlichen Mitteln begegnet werden. Wir setzen uns für die Einführung eines konsequenten Korruptionsregisters und die Ausweitung eines verbindlichen Verhaltenskodex zum Schutz von öffentlichem und privatem Gesellschaftsvermögen ein.

### **Schutz der Privatsphäre**

In den letzten Jahren haben sich die technischen Voraussetzungen zur Erfassung sensibler persönlicher Daten rapide fortentwickelt, ohne dass sich in gleichem Maße ein Bewusstsein für die Sensibilität dieser Daten herausgebildet hätte. Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste fordern im Namen der Prävention immer weitergehende Überwachungsbefugnisse. Aber auch im privatwirtschaftlichen Bereich werden immer mehr Kundendaten gespeichert, ohne dass die Betroffenen dies wirklich realisieren. Auch die Überprüfung von Personendaten von Ausländern aus Gründen der öffentlichen Sicherheit hat seit dem 11. September 2001 stark zugenommen.

»Der Mensch hat ein Recht darauf, in Ruhe gelassen zu werden.« Diese Formulierung des Bundesverfassungsgerichts im Urteil zum großen Lauschangriff ist Leitlinie unserer Politik. Vertrauensvolle Kommunikation in Privaträumen, am Telefon, mit dem Seelsorger, Anwalt oder Arzt muss in jedem Falle möglich bleiben. Es muss grundsätzlich transparent gemacht werden, nach welchen allgemeinen Kriterien Personendaten erhoben und abgeprüft werden.

Hinsichtlich der überhand nehmenden Telefonüberwachung wollen wir wirksamere richterliche Kontrolle und mehr Transparenz. Den großen Lauschangriff lehnen wir ab. Wir wollen nicht zulassen, dass praktisch alle Bürgerinnen und Bürger unter Tatverdacht gestellt werden.

Die Kompetenzen des Landesdatenschutzbeauftragten sollen erweitert werden. Wir wollen durch rechtliche und technische Maßnahmen dafür sorgen, dass E-Mails und SMS den gleichen verfassungsmäßigen Schutzstatus erhalten wie die klassischen Kommunikationsmittel Brief und Telefon.

### **Bürgernahe und unabhängige Justiz**

Die Menschen müssen die Gewissheit haben, dass sie in angemessener Zeit und unabhängig vom Geldbeutel ihre Rechte durchsetzen können. Eine Ausweitung der Gebühren in Sozialgerichtsverfahren lehnen wir ab. Wir wollen insbesondere durch effiziente Organisation in der Justiz Einsparpotenziale ausschöpfen, ohne den Rechtsschutz der Menschen zu beschneiden und die unabhängige Stellung der Richter zu beeinträchtigen.

Urteile müssen grundsätzlich überprüfbar sein, denn der Rechtsweg ist die zentrale Garantie im Rechtsstaat. Die Verfahrensordnungen müssen fortentwickelt und vereinfacht werden. Die Reform des Sanktionsrechts ist überfällig. Wir brauchen ein Gesetz, das die Untersuchungshaft regelt. Im Jugendstrafrecht gilt, den Erziehungsgedanken zu stärken und den Jugendstrafvollzug gesetzlich zu regeln. Wir wollen die Opferberatung stärken. Eine regelmäßige Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende sowie die Sicherungsverwahrung für Jugendliche lehnen wir ab. In Schnellverfahren muss umsichtig vorgegangen werden. Wir wollen Mediation als Mittel der Streitbeilegung stärken.

## **DDR-Vergangenheit differenziert betrachten –**

### **Platz für Erinnerung schaffen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen in der Tradition der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Wir treten dafür ein, dass die DDR-Vergangenheit auch weiterhin differenziert betrachtet wird. Einerseits halten wir es für unabdingbar, dass Platz für eine Erinnerungskultur ist, in der Unrecht aufgearbeitet und Verantwortlichkeit benannt wird. Das ist mühevoll und schmerzhaft. Für uns bedeutet dies konkret, die Erinnerungsarbeit in den drei Gedenkstätten des Landes fortzuführen und weiterzuentwickeln, die Arbeit des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR zu unterstützen und die DDR-Vergangenheit im Schulunterricht angemessen zu reflektieren. Von Linkspartei.PDS bis zur ehemaligen Blockpartei CDU erwarten wir, dass sie sich ihrer eigenen Geschichte in Verantwortung stellen.

Andererseits muss die Lebensleistung der hier Lebenden anerkannt werden, denn es geht schließlich um die Würde der Menschen, um ihre Selbstachtung und Perspektiven in einem zusammenwachsenden Deutschland.

Die Arbeit der Opferverbände wollen wir würdigen und unterstützen. Dazu gehören auch die Gedenkstätten, die wir in ihrer Existenz sichern wollen.

**Bürgerbeteiligung erwünscht**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft, in der die Menschen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen, eine wichtige Grundsäule der Gesellschaftspolitik. Bürgergesellschaftliches Engagement macht durch die Einmischung in soziale, kulturelle und politische Angelegenheiten praktische Solidarität erfahrbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit Hilfe von Freiwilligenagenturen jedem Menschen die Möglichkeit eröffnen, sich für andere und für die Gesellschaft zu engagieren. Außerdem wollen wir die bestehenden Jugendfreiwilligendienste ausbauen und neue Modelle für alle Altersgruppen einführen. Freiwilligenarbeit braucht ein Mindestmaß an professioneller Infrastruktur.

Wir wollen, dass Jugendliche bei allen Wahlen das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren erhalten.

**Gleiche Rechte für Lesben und Schwule**

Wir wollen ein Sachsen-Anhalt, in dem jeder Mensch selbstbestimmt und frei von Diskriminierungen leben kann. Dazu gehören auch gleiche Rechte und Pflichten für Lesben und Schwule und für ihre PartnerInnenenschaften. Ihre fortgesetzte Diskriminierung ist unserer Demokratie nicht würdig. Sie muss ganz und gar beendet werden. Wir dürfen nicht auf halbem Wege stehen bleiben.

Seit dem 1. August 2001 stehen Eingetragene Lebenspartnerschaften unter gesetzlichem Schutz. Das ist ein großartiger Erfolg, auf den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lange hingearbeitet haben. Dennoch sind wir nicht am Ziel. Bei den Pflichten gibt es bereits volle Gleichstellung, bei den Rechten noch nicht. Im Landesrecht (und im Bundesrecht – je nach Stand des Ergänzungsgesetzes) werden wir deshalb die Eingetragenen LebenspartnerInnenenschaften völlig gleichstellen und dahingehend auch unseren Einfluss auf das Bundesrecht wahrnehmen. Auch die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Familien mit Kindern muss beendet werden.

Mit ihrer Bildungs-, Sozial- und Kulturarbeit und mit ihrer AIDS-Aufklärung leisten Lesben- und Schwulen-Vereine sowie AIDS-Hilfen ein unersetzliches Engagement. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dieses

Engagement verlässlich unterstützen. Vorurteile und Gewalt gegen Lesben und Schwulen sowie Diskriminierungen sind auch in Sachsen-Anhalt noch immer verbreitet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb, dass die Thematik »Gleichgeschlechtliche Lebensweisen« ein fester Bestandteil in Aus- und Weiterbildung, vor allem aber im Schulunterricht wird.

### **Ja! Zu einem toleranten und weltoffenen Sachsen-Anhalt**

Sachsen-Anhalt ist eines der Bundesländer mit der niedrigsten Ausländerquote (1,9 Prozent). Dennoch ist es trotz vieler Initiativen und Projekte noch immer nicht gelungen, ein Klima zu schaffen, in dem sich die ca. 50.000 Ausländerinnen und Ausländer ohne Angst bewegen können. Offene und unterdrückte Ausländerfeindlichkeit scheinen weit verbreitet. In einer sich ständig verändernden Gesellschaft müssen wir uns einerseits unserer eigenen Kultur bewusst werden, d. h. wir müssen regionale Identitäten pflegen und in Austausch mit anderen bringen. Zum anderen müssen wir lernen, mit kultureller Vielfalt und mentalen Unterschieden zivilisiert umzugehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen deshalb Aktivitäten und Projekte, die Wissen über andere Kulturen und Verständnis vermitteln und sich für die Würde aller Menschen einsetzen.

Integration ist für uns keine Einbahnstraße. Sie steht vielmehr für einen Austausch mit- und untereinander und für das Lernen voneinander. Integration verlangt Anstrengungen auf beiden Seiten, von den Ausländern und Ausländerinnen und von uns als Gastland.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden mehr Geld in die Integrationsarbeit investieren. Es geht nicht an, dass beispielsweise lernwilligen Spätaussiedlern nur verkürzte Deutschkurse angeboten werden, obwohl diese erkennbar nicht ausreichen.

Schüleraustausche, internationale Praktika für Schüler, Auszubildende und Studenten sowie der europäische Freiwilligendienst machen jungen Menschen Weltoffenheit erlebbar. Über diese Angebote muss aktiv informiert und dafür geworben werden. Wir setzen uns dafür ein, den internationalen Austausch und die Zusammenarbeit insbesondere auf kommunaler und regionaler Ebene im Hinblick auf bestehende Städtepartnerschaften mit internationalen Städten auszuweiten und attraktiver zu gestalten.

Als Bewohner eines der reichsten Staaten der Erde ist es sowohl moralisch geboten, als auch in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse, die Lebenschancen der Ärmsten der Armen zu verbessern. Wir werden daher regionale und kommunale Partnerschaften zu Entwicklungs- und Schwellenländern stärken, Studentinnen und Studenten aus diesen Ländern Möglichkeiten zum Studium in Sachsen-Anhalt schaffen und den Wirtschafts- und Wissenstransfer zwischen Sachsen-Anhalt und diesen Ländern ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen, die aus Nicht-EU-Ländern zu uns kommen wollen, um eine selbstfinanzierte Ausbildung zu absolvieren, unkompliziert die Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

### **Nein! Zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich den Herausforderungen des Kampfes gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Wir machen uns stark für ein demokratisches, weltoffenes und tolerantes Sachsen-Anhalt.

Mit einem Landesprogramm für regionale Demokratieentwicklung werden wir die finanziellen Voraussetzungen für ein effizientes Engagement gegen Rechts legen.

Der erstarkende Rechtsextremismus hat sich längst von der alleinigen Ausrichtung auf Gewaltdelikte gelöst. Er ist kampagnen- und anschlussfähig geworden und hat sich eigene kulturelle Räume geschaffen. Um ihn zurückzudrängen, müssen wir die Zivilgesellschaft stärken. In den an vielen Orten entstandenen lokalen Bündnissen und Initiativen gegen Rechts werden wir daher weiter engagiert mitarbeiten.

Das im Mai 2005 gegründete Netzwerk für Demokratie und Toleranz kann einen wichtigen Beitrag für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt leisten, vorausgesetzt, es wird inhaltlich ausgefüllt und zu einem Landesprogramm für regionale Demokratieentwicklung ausgebaut. Das werden wir tun. Mit unserem Landesprogramm sollen demokratische Initiativen und deren Vernetzung gefördert, die Unterstützung für Opfer rechter Gewalt gewährleistet sowie Bildungs- und Jugendarbeit gefördert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auch für die Fortsetzung der erfolgreichen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus Civitas und Entimon, z.B. in Form einer Bundesländer-Stiftung, ein.

Die täter- und mitläuferorientierte Sozialarbeit und Aussteigerprogramme sind zu stärken. Für Jugendliche, die kein Interesse an der braunen Kultur haben, müssen die kulturellen Angebote ausgebaut werden.

In den Kommunen und in den Schulen werden wir jungen Menschen größeren Raum zu eigenverantwortlicher Mitwirkung schaffen. Wer in Initiativen und Jugendparlamenten Verantwortung übernimmt, dessen Anfälligkeit für extremistisches Gedankengut sinkt.

Die Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit werden wir stärker fördern. Gedenkstättenarbeit und Bildungsarbeit zur Aufarbeitung totalitärer und autoritärer Gesellschaftssysteme tragen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bei.

Eine Verschärfung des Versammlungsrechts lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Wir wollen jedoch die Praxis beenden, dass die Polizei bei rechtsextremen Aufmärschen sowohl Entscheidungs- als auch Ausführungsorgan ist. Genehmigungsbehörden sollen grundsätzlich die Landkreise und kreisfreien Städte sein.

## **Gleiche Rechte, gleiche Chancen für Frauen und Männer**

### **Gleichstellung verwirklichen**

Demokratie ist erst dann verwirklicht, wenn Frauen und Männer gleiche Chancen in allen Lebensbereichen haben. Die Landesregierung hat in der Frauenpolitik Kahlschlag betrieben. Zur Umsetzung frauenpolitischer Ziele braucht es weiterhin auch frauenpolitische Strukturen. Gleichstellung von Frauen und Männern ist Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Ziel ist eine gerechte Verteilung der Erwerbs- und Familienarbeit auf beide Geschlechter: vom Zugang zur Bildung, zum Arbeitsmarkt über kulturelle Vielfalt bis zum Schutz vor Gewalt und Diskriminierung, von unterschiedlichen Lebensentwürfen bis zur gleichberechtigten Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen.

Gleichstellung umfasst für uns gezielte Frauenförderpolitik, um die strukturellen Benachteiligungen von Frauen auszugleichen. Zusätzlich

brauchen wir die breite Anwendung des Gender-Mainstreaming-Konzeptes, das alle politischen Maßnahmen der Frage unterwirft, wie sie sich jeweils auf Frauen und Männer auswirken und ob sie zur Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen beitragen.

Geschlechtergerechte Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will die immer noch vorhandenen Rollenzuschreibungen von Männern und Frauen auflösen. Wir fordern die konsequente Umsetzung des Gender Mainstreaming in allen Politik- und Verwaltungsbereichen. Als Voraussetzung dafür müssen alle Statistiken und Analysen spezifisch nach Geschlecht durchgeführt und ausgewertet werden.

### **Sicherung der Existenz durch Erwerbsarbeit**

Frauen und Männer mit Kindern wollen und müssen einer bezahlten existenzsichernden Beschäftigung nachgehen. Dazu bedarf es einer ganztägigen Kinderbetreuung. Ein ganz besonderes Augenmerk richten wir auf die Probleme, die sich aus der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Frauen ergeben. Unser politisches Handeln ist darauf ausgerichtet, diese Frauen in Sachsen-Anhalt zu halten. Voraussetzung dafür ist, das Familien- und Frauenbild den Realitäten anzupassen und in der Frauen- und Wirtschaftspolitik des Landes zu verankern.

Wir werden uns für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen. Der bestehende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ist so zu flexibilisieren, dass bei Veränderung der beruflichen Situation der Eltern seitens der Betreuungseinrichtung sofort reagiert werden kann und keine Diskriminierung von Halbtagskindern durch die verschiedenen Angebote erfolgt. Die Betreuungszeiten der Kinder in den Kindertagesstätten müssen so gestaltet werden, dass sie den Bedürfnissen der arbeitenden Eltern entsprechen.

Wir setzen uns für eine verbesserte Situation von Frauenförderung in der Privatwirtschaft sowie für den Erhalt des Frauenförderungsgesetzes für den öffentlichen Dienst ein. Die Erweiterung der gleichstellungs- und frauenfördernden Maßnahmen in der Wirtschaft und bei Existenzgründungen im Land hat für uns Priorität.

### **Chancen auf Bildung, Aus- und Weiterbildung nutzen**

Die Sicherstellung des uneingeschränkten Zugangs von Frauen zur Bildung ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein entscheidender Baustein für die Stärkung der Frauen und ein wichtiges Instrument, um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Obwohl Fortschritte gemacht wurden, gibt es im Hinblick auf den Zugang zu Bildung nach wie vor eine Kluft zwischen Männern und Frauen. Geschlechtsbezogene Vorurteile sind sowohl im Bildungsbereich und insbesondere auch in technischen und gehobenen Berufen nach wie vor verbreitet. Diese finden ihren Niederschlag ebenso in Lehrbüchern und Lehrplänen wie in der Einstellung der Lehrerinnen und Lehrer.

Wir setzen uns für den Erhalt von Kleinschulen in ländlichen Gegenden und für die Verbesserung der geschlechterorientierten Angebote im Vorschul- und schulischen Bereich ein. Angebote zur Schulsozialarbeit in allen Schultypen als präventive Maßnahme sind durch das Land zu fördern, Angebote zu einer geschlechterorientierten Berufsorientierung an den Schulen zu verbessern und Angebote der Gemeinwesenengruppen im Land zu unterstützen.

Die Rahmenrichtlinien und Lehrpläne für den Unterricht sind daraufhin zu überprüfen, inwieweit geschlechtsspezifische Gesichtspunkte der Berufsorientierung in den Fächern verankert werden können.

### **Aktiv gegen Gewalt**

Durch das Gewaltschutzgesetz der rot-grünen Bundesregierung hat sich die Situation von Frauen, die von häuslicher Gewalt bedroht sind, verbessert. Gewalttätigen Männern kann jetzt der Zutritt zur gemeinsamen Wohnung verwehrt werden.

Trotz dieser Fortschritte im Bereich häuslicher Gewalt brauchen betroffene Frauen und Kinder Schutz und Unterstützung in unabhängigen Beratungsstellen und Frauenhäusern. Die von der schwarz-gelben Landesregierung vorgenommenen Mittelstreichungen in diesem sensiblen Frauenbereich gefährden den Fortbestand dieser wichtigen Hilfsstruktur.

Wir treten für Erhalt und Ausbau der Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt sowie für die existenzsichernde Finanzierung von Frauen-

hausstrukturen und unabhängigen Beratungsstellen in allen Landkreisen ein. Wir sind für die Etablierung eines landesweiten qualifizierten Hilfenetzwerkes, das dem tatsächlichen Bedarf in den Bereichen sexualisierte Gewalt, Gewalt im häuslichen und öffentlichen Bereich und Gewalt gegen behinderte Menschen entspricht.

Wir setzen uns für die Förderung spezialisierter Beratungsstellen ein, die von Menschenhandel und Zwangsprostitution betroffene Frauen, unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft, beraten und unterstützen. Diese Beratungsstellen können Dolmetscherinnen und Rechtsanwältinnen hinzuziehen, darüber hinaus stehen ihnen Mittel zur sicheren Unterbringung der Frauenhandelsopfer zur Verfügung.

Eine Überarbeitung der landesrechtlichen Regelungen unter Berücksichtigung des am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetzes ist unumgänglich. Wir sind für eine Verbesserung des Hilfenetzwerkes für Frauen und Mädchen und alle Opfer von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Stalking und für die Verbesserung der Situation von Asylbewerberinnen und Migrantinnen und deren Familien in den Asylbewerberunterkünften.

### **Diskriminierungen wirksam abbauen**

Das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau und wichtigstes Instrument zur Durchsetzung der Frauenrechte im Rahmen der Menschenrechtsarbeit der UN (CEDAW) ist eines der grundlegendsten und weitreichendsten völkerrechtlichen Übereinkommen zum Schutz der Rechte von Frauen in allen Lebensbereichen. Dieses Frauenrechtsübereinkommen erstreckt sich auf alle Lebensbereiche von Frauen und auf alle Diskriminierungsformen, denen sie ausgesetzt sind. Seit Hartz IV, wodurch Frauen besonders betroffen sind, gewinnt dieses Übereinkommen zunehmend an Bedeutung, gerade auch auf Landesebene und in den Kommunen. Frauen brauchen Orte der Kommunikation, geschützte Unterbringung bei drohender Gewalt, gesicherte Partizipation, politischen Rückhalt und Ressourcen.

Wir setzen uns deshalb für die Erarbeitung einer Zukunftsstrategie des Landes zur konkreten Umsetzung dieses wichtigen Frauenrechtsübereinkommens ein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Prozess der Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes in Sachsen-Anhalt

aktiv begleiten und mit befördern. Soziale Beratungsstellen im Land, etwa in den Bereichen Mädchenarbeit, Sucht sowie Kinder- und Jugendschutz sind zwingend zu erhalten und finanziell durch das Land zu fördern. Dies gilt unbedingt auch für den Erhalt des Frauenkommunikationszentrums.

### **Stadtentwicklung aus Frauensicht**

Frauen haben einen anderen Zugang zu städtischem Leben. Sie nutzen die Städte anders als Männer. Frauen sind durch die Betreuung ihrer Familien und die Erwirtschaftung von Einkommen einer Mehrfachbelastung ausgesetzt. Nach wie vor sind es Frauen, die den Hauptteil der Familienarbeit leisten. Dazu sind sie auf die städtische Infrastruktur und die kommunalen Institutionen angewiesen. Frauen, deren Kinder und alt gewordenen Familienangehörigen sind die Hauptnutzerinnen des öffentlichen Nahverkehrs.

Wir setzen uns deshalb für eine geschlechtergerechtere Städteplanung ein. Konkret heißt dies, Wohngebiete auch wieder mehr als Wohn- und Arbeitsstätten zu planen, ohne auf Wohnkultur zu verzichten.

Sportliche Angebote in den Kommunen sind in der Zukunft auch nach den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen abzustimmen. Gender Budgeting ist als zwingend notwendiges Instrument anzuwenden.

### **Gleichstellungsbeauftragte unterstützen**

Gleichstellungspolitik gehört zu den Leitziele der Landespolitik. Es handelt sich um einen Verfassungsauftrag nach Maßgabe des Landes, des Bundes und der Europäischen Union.

Institutionalisierte Gleichstellungspolitik soll dazu beitragen, die Diskrepanz zwischen dem Verfassungsgebot der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und der Realität der sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Benachteiligung aufzuzeigen, insbesondere Ungleichheit und Ungerechtigkeit zwischen Männern und Frauen zu verringern bzw. darauf hinzuwirken, Benachteiligungen und Diskriminierungen abzubauen.

Auf der Ebene der Kommunen und Landkreise sind in diesem Prozess besonders die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten strukturell verankert. Ihre langjährige und vielschichtige Tätigkeit in der jeweiligen Region ist hier von besonderer Bedeutung, denn die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sind unmittelbar an der Basis tätig und mit den Problemen der Betroffenen am meisten vertraut.

Das Wegbrechen der sozialen Infrastruktur in den Kommunen auf Grund zunehmender Mittelkürzungen, die Umsetzung der insbesondere Frauen benachteiligenden sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformen der Bundesrepublik, die zunehmende häusliche Gewalt – dies alles führt zu einem erhöhten Beratungsbedarf und fordert immer wieder das schnelle und unbürokratische Handeln vor Ort, insbesondere der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Es ist eine Verkennung der realen Lebenswirklichkeit von Frauen im Land Sachsen-Anhalt, wenn an bewährten und vor allem gerade jetzt notwendigen Strukturen im Bereich der institutionalisierten Frauen- und Gleichstellungspolitik Einschränkungen vorgenommen werden. Wir lehnen ab, dass zur pflichtigen Bestellung von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten die Erhöhung der Einwohnerzahl von 20.000 auf 25.000 hochgesetzt wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Stärkung der institutionalisierten Frauen- und Gleichstellungspolitik ein. Insbesondere das Abwanderungsverhalten junger qualifizierter Frauen und die demographische Entwicklung im Land erfordern eine konzertierte Aktion auf frauen- und gleichstellungspolischem Gebiet.

## Stichwortverzeichnis

### A

Abfall 38  
Arbeitslosigkeit 8, 13, 14  
Arbeitsmarktpolitik 10, 13, 14  
Arbeitsplätze 7, 8, 9, 10, 11, 13, 16, 17, 28, 34, 41, 45  
artgerechte Tierhaltung 18  
Atomausstieg 38  
Atomenergie 38  
Ausbildung 12, 22, 50, 76

### B

Bahn 61, 64  
behinderte Menschen 80  
Betreuungsplatz 78  
Bevölkerungsrückgang 8, 39, 44  
Bildung 8, 20, 25, 34, 49, 51, 52, 53, 54, 55, 69, 70, 77, 79  
Bildungspolitik 8, 49, 52, 65  
Boden 18  
Bürgerbeteiligung 74

### C

Chemie 10

### D

DDR-Vergangenheit 73  
Demokratie 8, 69, 74, 76, 77

### E

Endlager 38, 39  
Energie 7, 9, 19, 35, 36, 38, 41

### F

Familie 7, 8, 31, 50, 78  
Familienpolitik 23, 24  
Flächenverbrauch 40, 48  
Fluss 63  
Föderalismusdiskussion 21  
Forschung 8, 10, 11, 12, 18, 19, 20, 34, 36, 54, 56  
Forschung und Entwicklung 10, 11, 20, 34, 36  
Frauen 7, 24, 26, 30, 77, 78, 79, 80, 81, 82

### G

Gebietsreform 69  
Gender Budgeting 81  
Gender Mainstreaming 78  
Gesundheit 28, 30, 44, 67  
Gesundheitspolitik 28, 30, 65  
Gesundheitsprävention 31, 58  
Güterverkehr 62

### H

Haushaltspolitik 20, 21  
Hochschule 56  
Hochschulpolitik 54  
Hochwasser 47

### I

Infrastruktur 7, 12, 15, 17, 20, 33, 40, 55, 57, 74, 81, 82

### J

Jugendpolitik 22, 24  
Justiz 21, 72

**K**

Kinder 7, 9, 22, 23, 24, 25, 26,  
30, 32, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 78,  
79, 81

Kinderbetreuung 21, 24, 26, 49,  
50, 78

Klimaschutz 9, 34, 35

Klimawandel 47

Kommunalpolitik 68

Kraft-Wärme-Kopplung 37

Kultur 16, 56, 57, 75, 77

**L**

Landeshaushalt 34, 41

Landschaftsschutz 41

Landwirtschaft 14, 18, 19, 42, 53,  
65, 67

Lärm 44, 58

Lärmschutz 45, 65

Lesben 74, 75

**M**

Mobilität 58, 59

**N**

Nachhaltigkeit 7, 58

Naturschutz 42, 43

**O**

öffentlichen Sicherheit 72

ÖPNV 15, 61, 66

**R**

Radverkehr 64

Regionalentwicklung 43

**S**

Schule 25, 38, 51, 52

Schwule 74

Seniorinnen und Senioren 27,  
32

Sozialpolitik 22

Sozialversicherungen 29

SPNV 62

Sport 57, 58

Stadtentwicklung 39, 81

Straße 62, 65

Straßenbau 59, 60

Straßenverkehr 59, 60

**T**

Toleranz 57, 76

Tourismus 8, 16, 17, 28, 42

**U**

Umwelt 13, 16, 30, 33, 41, 47, 53,  
58, 65, 67

Umweltbildung 34, 53, 54

Umweltpolitik 9, 12, 33

Umweltschutz 13, 33, 34, 48

**V**

Verbraucherschutz 65, 66, 67

Verkehr 58, 60, 62, 65

Verkehrspolitik 58

Versiegelung 43, 46, 48

Verwaltung 21, 67, 68

Verwaltungsreform 68

**W**

Wasserpolitik 45

Windkraft 35

Wirtschaftspolitik 20, 78